



Rat muslimischer
Studierender & Akademiker

RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS IN DEUTSCHLAND

Elhakam Sukhni

www.elhakam-sukhni.com

FEBRUAR 2015

©RAMSA e.V.

www.ramsa-deutschland.org

Gliederung

Einleitung2

Exkurs: Kultureller Rassismus4

Studien & Statistiken zu rechtsextremen Tendenzen in der deutschen Gesellschaft..5

Exkurs: Antimuslimischer Rassismus15

Rechtsradikale und neorassistische Phänomene in Deutschland16

Neonazis in Deutschland20

Rechtspopulismus in Deutschland23

Die Rolle der Presse27

Rechtsextremismus im Internet30

Maßnahmen32

Studien und Materialien36

Einleitung

Bereits seit der „NSU Affäre“, aber spätestens seit dem Aufkommen der verschiedenen „Pegida“-Bewegungen¹, die mindestens in Dresden als Massenbewegung empfunden wird, steht Deutschland in der internationalen Wahrnehmung wieder am rechten Rand. Das ARD-Magazin *Report Mainz* untersuchte, ob „Pegida das Klima gegen Ausländer bundesweit“ tatsächlich verändert hat und wertete nach eigenen Angaben Agenturen, Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehberichte sowie Pressemitteilungen der Polizei aus. Der Sender berichtet am 27.01.2015 folgendes Ergebnis:²

„Seit Pegida gibt es eine Steigerung fremdenfeindlicher Angriffe um 130 Prozent. Pegida habe ein Klima entfesselt, das Gewalt will, bewertet der Rechtsextremismus-Forscher, Prof. Hajo Funke, diese Entwicklung.“³

Eine auffällige Zunahme von rechter Gewalt im Zuge der Pegida-Aufmärsche bestätigt ebenso die vom Bundeskriminalamt geführte Statistik „Politisch Motivierte Kriminalität – rechts“ und vermeldet mit 63 Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund im November 2014 einen Höchststand. Während die Gewaltbereitschaft unter Rechtsradikalen gestiegen ist, gehen rechtsextreme Positionen in der Mehrheitsgesellschaft insgesamt zurück, wobei jedoch eine zunehmende Islamfeindlichkeit zu beobachten ist.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte⁴ dokumentiert, dass viele Menschen als Reaktion auf PEGIDA bundesweit gegen Rassismus und für eine vielfältige deutsche Gesellschaft demonstrierten und dass sowohl die Bundeskanzlerin, als auch der Justiz- und der Außenminister die Menschen in Deutschland aufforderten, rassistischen Slogans und Bewegungen wie PEGIDA nicht zu folgen.⁵ Gleichzeitig bemängelt das Institut, dass rassistische Positionen, wie etwa auf Wahlplakaten und durch Thesen, wie Sarrazin sie verbreiten durfte, in Deutschland zunehmend im öffentlichen Raum vertreten werden. Diese „*stoßen auf Widerspruch, aber auch auf Zuspruch. Insbesondere, wenn sie auf Merkmale wie ‚Kultur‘ oder ‚Religion‘ abstellen statt auf biologische Theorien.*“⁶

Der im Februar 2014 veröffentlichte Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) über Deutschland warnt „*ungeachtet der erzielten Fort-*

¹ Pegida: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes.

² vom Europarat ins Leben gerufenes unabhängiges Gremium, das „im Rahmen seine satzungsmäßigen Auftrags (...) für jedes Land Länderberichte [erstellt], in denen die Situation in Bezug auf Rassismus und Intoleranz in jedem Mitgliedstaat des Europarates analysiert und Vorschläge zur Lösung der aufgezeigten Probleme unterbreitet werden.“ S. ECRI-BERICHT ÜBER DEUTSCHLAND 2014, S. 7

³ Presseinformation des ARD:

<http://www.swr.de/-/id=14967026/property=download/nid=233454/1xerccb/pmpegida.pdf>.

⁴ Das Deutsche Institut für Menschenrechte ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands. Es ist gemäß den Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen akkreditiert (A-Status).

⁵ Parallelbericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte an den UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) im Rahmen der Prüfung des 19.-22. Staatenberichts der Bundesrepublik Deutschland Berlin, April 2015, S. 3

⁶ Ebd., S. 4

schritte“ (wie der Einrichtung eigener Antidiskriminierungsstellen in einigen Bundesländern, oder der Verstärkung von Präventivmaßnahmen gegen Gefahren von Neonazis und Rechtsextremen) dennoch, dass „einige Themen, (...) *weiterhin Anlass zur Sorge geben*.“⁷ Der Bericht hebt u.a. hervor, dass der Bundesrat versäumt hat, „*das rassistische Motiv als strafverschärfenden Umstand in das Strafbgesetze aufzunehmen*“ und, dass es „*im Bereich Aufstachelung zum Hass (...) einen erheblichen Grad von Straffreiheit*“ gibt. So stellt der Bericht weiterhin fest:

„Es fehlt den Opfern von rassistischen Taten oder von Rassendiskriminierung an Unterstützung seitens der staatlichen Stellen, z. B. aufgrund von Racial Profiling. (...)“

Seit der Wiedervereinigung ist die Zahl der Morde und das Ausmaß von Gewalt, die durch Rassismus und Homo-/Transphobie motiviert werden, in Deutschland hoch. Es gibt keine verlässliche statistische Methode, um das Ausmaß der durch Rassismus und Homo-/Transphobie motivierten Gewalt und Hassreden zu messen. Die hohe „Untererfassung“ von Straftaten, die mit Rassismus und Homo-/Transphobie verbunden sind, spiegelt ein mangelndes Vertrauen seitens der schutzbedürftigen Gruppen im Hinblick auf die Wirksamkeit von Strafverfahren wider, die von der Polizei und der Staatsanwaltschaft eingeleitet werden. Diese Ineffektivität wurde durch die Versäumnisse bei den Ermittlungen über die Morde unterstrichen, die vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) begangen wurden. Ein rassistisches Motiv wird nur in einer verschwindend geringen Zahl von Urteilen angeführt.“⁸

Weiter bemängelt der Bericht, dass „*Lehrkräfte (...) mit einer dreimal höheren Wahrscheinlichkeit eine Empfehlung für das Gymnasium aus[sprechen], wenn das Kind einen höheren sozioökonomischen Status aufweist, was sich nachteilig auf Kinder mit Migrationshintergrund auswirkt. Vorurteile und ein erhebliches Maß an versteckter Diskriminierung gefährden für Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zum Arbeitsmarkt.*“⁹

Der Bericht verdeutlicht ein mangelndes Bewusstsein für Diskriminierung und rechte Tendenzen in Deutschland. Die meisten Bundesbürger würden die Wahrnehmung eines Rechtsrucks in der Gesellschaft tatsächlich eher als unberechtigte Verallgemeinerung kritisieren, wenn man sich im eigenen Bekanntenkreis, sozialen Netzwerken oder öffentlichen Diskussionsveranstaltungen umhört. Außerdem dürfe man nicht jeden gleich als „Nazi“ beschimpfen, der sich kritisch über Einwanderer und den Islam äußere. Die Einschätzung der eigenen Toleranz im Verhältnis zu den tatsächlich rechtsextremen Positionen, die offen geäußert werden, ist daher überraschend. So stellt sich die Frage, was ist heute „*rechts*“? Wann ist man fremdenfeindlich und xenophob? Ist Gedankengut, das bisher mit Neonazis assoziiert wurde längst in die Mitte der Gesell-

⁷ ECRI-BERICHT ÜBER DEUTSCHLAND 2014, S.9

⁸ Ebd. S 9f.

⁹ Ebd. S. 10

schaft gerückt? Das Demonstrieren gegen Flüchtlingsheime sei schließlich nicht rassistisch, wenn man sich doch nur vor einer „Überfremdung“ fürchte. Was ist also „Rassismus“ im heutigen Kontext?

In der rechtsradikalen Szene ist eine auffällige Strategie zu beobachten. Die äußerliche Veränderung (weg von Neonazi-typischer Kleidung) sowie eine einfache konservativ-politische Rhetorik sollen den Eindruck eines traditionell-bürgerlichen „Patriotismus“ vermitteln. Deutlich wird diese Entwicklung insbesondere bei Mitgestaltern der bundesweit stattfindenden Pegida-nahen Bewegungen, denen in vielen Fällen eine rechtsradikale Vergangenheit nachgewiesen werden konnte. Auffällig sind ebenfalls das öffentliche Auftreten mit Bürgern ausländischer Herkunft sowie das Solidarisieren mit sog. Ex-Muslimen, die als Alibi gegen den Vorwurf des Rassismus instrumentalisiert werden.

Rechtsextremismus ist in den letzten 15 Jahren einerseits bürgerlicher, aber andererseits auch militanter geworden. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Entwicklungen beleuchtet, die alle als rassistisch eingestuft werden, wobei der Begriff „Rassismus“, wie wir ihn hier verwenden, noch erläutert wird. Die Notwendigkeit dafür untermauert ein weiterer Kritikpunkt im Bericht der ECRI, wonach *„der Begriff Rassismus in Deutschland häufig zu eng ausgelegt und mit organisierten Gruppen verbunden [wird]. Der rassistische und besonders der fremdenfeindliche Charakter in Teilen der öffentlichen Debatte wird immer noch nicht ausreichend verdeutlicht.“*¹⁰ Genauso bemängelt das Deutsche Institut für Menschenrechte, dass Rassismus oft nicht als rassistisch erkannt wird, da Rassismus häufig mit organisiertem und gewalttätigem Rechtsextremismus gleichgesetzt werde.¹¹

Exkurs: Kultureller Rassismus

Rassismus wird weitestgehend als biologistische Lehre von Unterschieden unter den Völkern, sowohl phänotypisch als auch genotypisch, und der damit einhergehenden Zuschreibung genetisch bedingter Eigenschaften verstanden. Diese Rassenideologie, mit Betonung der Überlegenheit einer weißen oder explizit arischen „Rasse“, die mit der nationalsozialistischen Eugenik und spätestens mit dem Holocaust ihren grausamen Höhepunkt fand, gilt heute als überholte und rückständige Weltanschauung, die negative Assoziationen mit der NS-Zeit weckt und daher im kollektiven Bewusstsein der Deutschen beschämend ist. Das Wort *Rasse* verliert im Nachkriegsdeutschland immer mehr an Legitimation, sodass auch auf politischer Ebene über die Streichung dieser Bezeichnung aus dem Grundgesetz (s. Art. 3 GG) debattiert wird.¹²

Die Rassismusforschung spricht heute daher von einem „Neorassismus“ bzw. „kulturellem Rassismus“ (auch Kulturalismus) und beschreibt einen „Rassismus ohne Rassen“ (Étienne Balibar), bei dem nicht die Gene, sondern die kulturellen Unterschiede

¹⁰ Ebd.

¹¹ Parallelbericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte an den UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) im Rahmen der Prüfung des 19.-22. Staatenberichts der Bundesrepublik Deutschland Berlin, April 2015, S. 4

¹² Vgl. *Ein Grundgesetz ohne „Rasse“ – Vorschlag für eine Änderung von Artikel 3 Grundgesetz*, Hendrik Cremer, Berlin 2010; s. auch *Rasse – Unwort des Antidiskriminierungsrechts?*, Cengiz Barskanmaz; in: KJ 44. Jahrgang 2011, Heft 4.

als Kriterium der Differenz zwischen Völkern bzw. Ethnien herangezogen werden. Die rückständigen Kulturen seien mit der modernen Zivilisation und mit den Errungenschaften der europäischen Aufklärung nicht vereinbar und bedrohen diese durch Migration. „Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse“ (Theodor W. Adorno)¹³, und die europäische Zivilisation ersetzt die Vorstellung einer arischen Überlegenheit. Klassischer Rassismus, wie auch Neorassismus, als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, vertreten eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Man konstruiert „den Anderen“ in Abgrenzung zum „Wir“, wobei Menschen unterschiedlicher Migrationshintergründe als „die Muslime“, „die Afrikaner“ oder „die Zigeuner“ markiert und durch Ethnisierung einer vermeintlich homogenen sozialen Gruppe zugeordnet werden, ohne dabei eine individuelle Sozialisierung oder kulturelle Vielfalt zu berücksichtigen.

Studien und Statistiken zu rechtsextremen Tendenzen in der deutschen Gesellschaft¹⁴

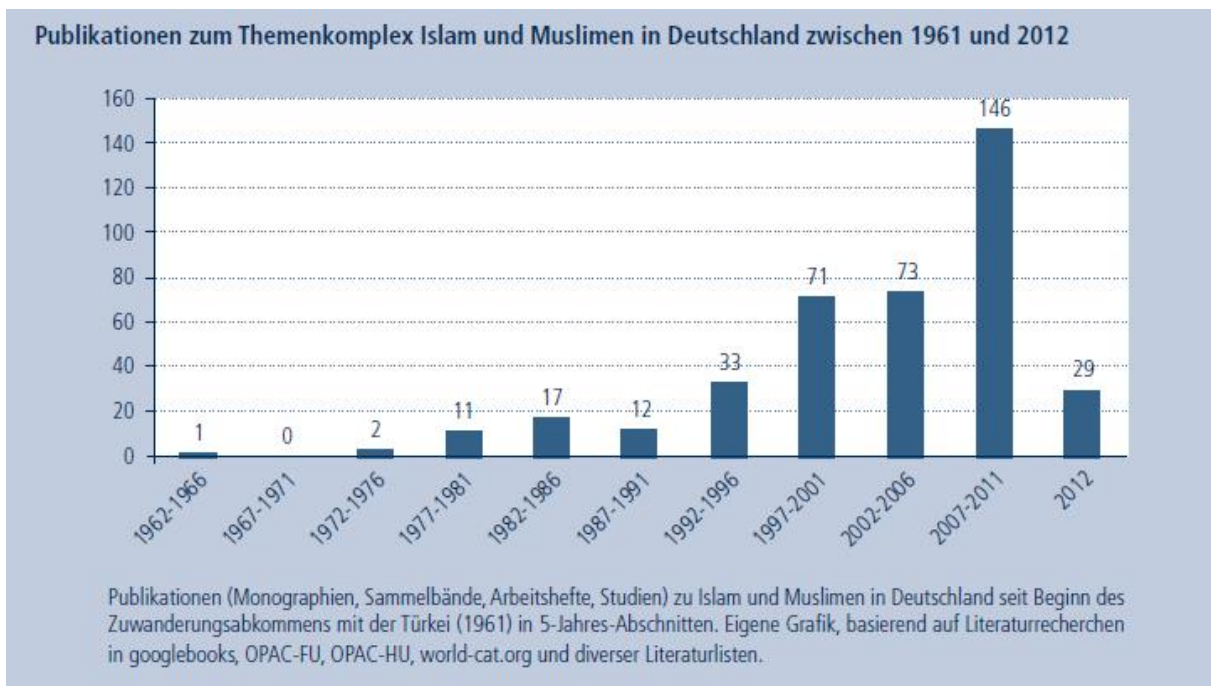
Untersucht man die Studien der letzten Dekaden, so stellt man fest, dass sich die Auseinandersetzung mit Migranten bzw. Bürgern mit Migrationshintergrund immer mehr zu einer Auseinandersetzung mit „dem Islam“ und „den Muslimen“ entwickelt hat. Naika Foroutan legt dar,

„dass die ersten 30 Jahre der Einwanderung von einem relativ geringen Interesse für den Islam geprägt waren. Tatsächlich erschienen in diesem Zeitraum von 1961 bis 1991 nur 43 Publikationen, die sich explizit mit dem Themenfeld Islam in Deutschland beschäftigten. Das Publikationsinteresse beschränkte sich bis 1980 auf religionswissenschaftliche Analysen und Materialsammlungen zur Präsenz des Islam in Deutschland“ (Muslimbilder in Deutschland – Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte, S. 14, WISO-Diskurs 2012).

¹³ Vgl. Gerald Schneiders: *Die Schattenseite der Islamkritik*, in: Gerald Schneiders (Hrsg.), *Islamfeindlichkeit - Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, Wiesbaden 2009 S. 413

¹⁴ Bei den herangezogenen Studien handelt es sich um Beiträge von unterschiedlichen Institutionen, die den wissenschaftlichen Standards gerecht werden. Für die Auswahl wurde zunächst nach allen Studien recherchiert, die für diesen Beitrag relevant sein können. Welche Studien und Erkenntnisse aufgenommen wurden, ergab sich aus der wissenschaftlichen Akzeptanz der Untersuchenden, sowie nach Seriosität der auftraggebenden Institution (z.B. Universität Münster, Verfassungsschutz, Bertelsmann Stiftung, etc.)

Abb. 1



Quelle: Naika Foroutan 2012.

Tatsächlich ist zu konstatieren, dass teilweise auch im rechtsextremen Milieu, die Parole „Ausländer raus“ durch Anti-Islamisierungsparolen ersetzt wurde. Dabei wird eine allgemeine „Fremdenfeindlichkeit“ in Deutschland nicht etwa durch Islamfeindlichkeit ersetzt, sondern nur verdeckt. Deutlich wird diese Ablehnung durch Ressentiments gegenüber Roma und Sinti sowie gegenüber Asylsuchenden insgesamt. Die „Mitte“-Studie der Universität Leipzig¹⁵ zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland für das Jahr 2014 zeigt folgende Ergebnisse:

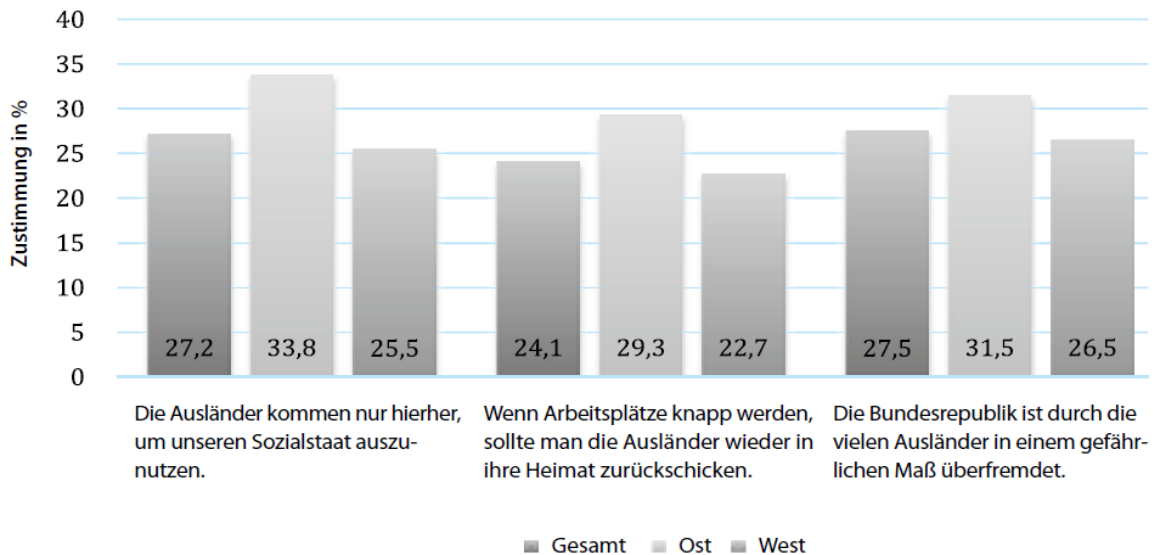
¹⁵ Die „Mitte“-Studien werden seit 2002 von einer Arbeitsgruppe der Universität Leipzig unter Leitung der Sozialpsychologen Elmar Brähler und Oliver Decker durchgeführt und sind repräsentative Erhebungen zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland. Die aktuelle Studie von 2014 wurde in Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut USUMA ausgearbeitet. Die Methodik wird in der Studie folgendermaßen beschrieben: „Um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten, wurde die besiedelte Fläche der Bundesrepublik Deutschland zunächst in Stichprobenflächen (Sample-Points) aufgeteilt. Räumlich überschneidungsfrei definiert, wurden den Sample-Points Haushalte und Einwohner zugeordnet, wobei möglichst homogene und mengenmäßig gleich große Flächen gebildet wurden. Für dieses Vorgehen standen die Stichproben der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Meinungsforschungsinstitute (ADM) zur Verfügung. Das weitere Verfahren ist dreistufig: Bei der ersten Stufe (Sample-Point-Auswahl) wurden für die Befragung, die von USUMA bundesweit und face-to-face durchgeführt werden sollte, 258 Sample-Points gezogen, davon 210 in den alten und 48 in den neuen Bundesländern. Bei der zweiten Stufe (Random-Route-Verfahren zur Haushaltsauswahl) listeten die Interviewer und Interviewerinnen von einer Startadresse aus jeden 3. Haushalt auf, bis 18 gültige Adressen in Privathaushalten pro Sample-Point identifiziert waren. Bei 258 Sample-Points wurden in der Hauptwelle also insgesamt 4386 Haushalte für die Befragung ausgewählt. Bei der dritten Stufe (Personenauswahl) ermittelten die Interviewer und Interviewerinnen im ausgewählten Haushalt alle Personen, die der Grundgesamtheit der Stichprobe entsprachen, und wählten per vorgegebenem Zufallsverfahren (Schwedenschlüssel) die Zielperson aus, mit der schließlich die Befragung durchzuführen war.“ (s. Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler: *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Leipzig 2014, S. 28)

Islamfeindschaft	2009 (Heitmeyer 2012)	2010 (Heitmeyer 2012)	2011 (Heitmeyer 2012)	2014
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	21,4	26,1	22,6	36,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	32,2	38,9	30,2	43
Antiziganismus				
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	-	-	40,1	55,4
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	-	-	27,7	47,1
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	-	-	44,2	55,9
Abwertung von Asylbewerbern				
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein. (hier: Prozentsatz der Ablehnung)	-	-	25,8	76
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.	-	-	46,7	55,3

Abb. 2: Quelle: „Mittestudie“ der Universität Leipzig. Prozentsatz zu den Antworten „eher“ oder „voll und ganz“.

Für Missstände im Land werden kollektiv *„die Anderen“* verantwortlich gemacht, die ungeachtet ihrer individuellen Hintergründe als *„die Ausländer“* wahrgenommen werden:

Abb. 3



Quelle: Ebd.

Auch die Studie „*Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt*“ des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ unter Leitung des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack von der Universität Münster¹⁶ macht deutlich, dass „*die Deutschen [...] zu nicht-christlichen Religionen ein deutlich schlechteres Verhältnis als ihre europäischen Nachbarn*“ haben:

„Sie haben ein kritischeres Bild von Muslimen, Buddhisten, Juden und Hinduisten als die Franzosen, Holländer oder Dänen, sprechen sich häufiger als die Bevölkerung in Frankreich, Holland oder Dänemark gegen den Bau von Moscheen und Minaretten aus und sind weniger bereit, den Anhängern anderer Religionen gleiche Rechte zuzugestehen“ (Prof. Detlef Pollack).¹⁷

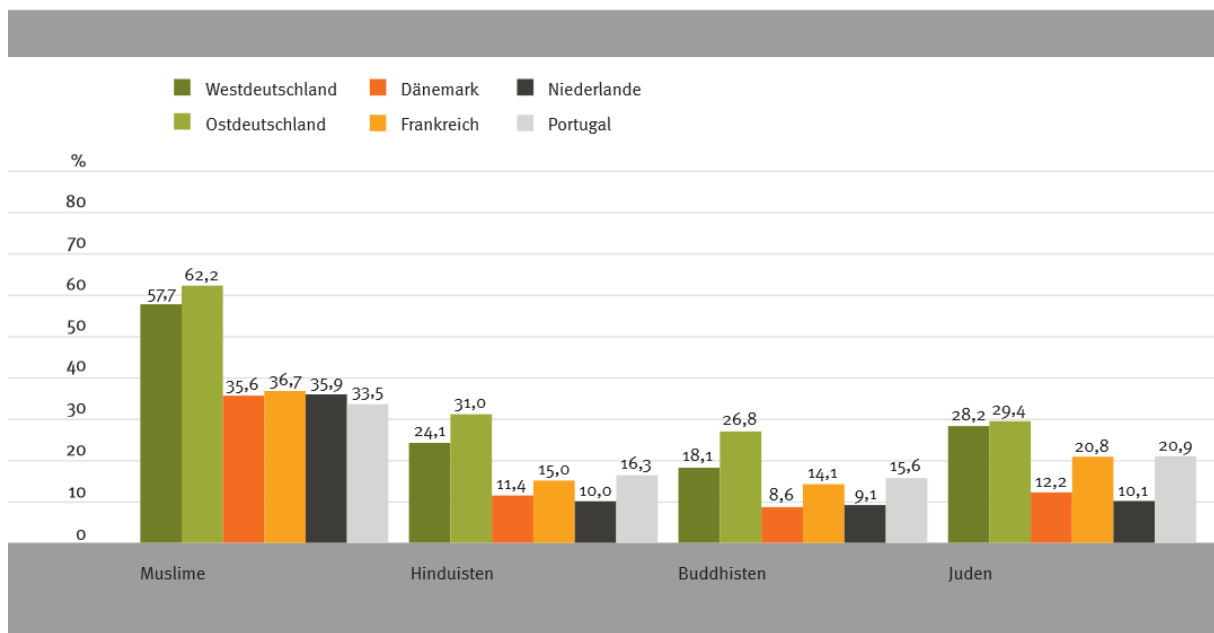
Im Vergleich mit den Ländern Dänemark, Niederlande, Frankreich und Portugal ist nicht nur die „eher“ bzw. „sehr negative“ Haltung gegenüber Muslimen mit 57,7% in Westdeutschland und 62,2% in Ostdeutschland am höchsten, sondern auch deutlich höher gegenüber Hindus, Buddhisten und Juden.¹⁸

¹⁶ „Für die vorliegende Studie wurden Daten auf Basis einer zufallsgenerierten Stichprobe in fünf europäischen Ländern erhoben. Wie erwähnt haben wir die Niederlande, Deutschland, Frankreich und Dänemark ausgewählt, da es in diesen Ländern öffentlich ausgetragene Konflikte zwischen Mehrheitsgesellschaft und religiösen Minderheiten, insbesondere mit dem Islam, gibt. (...) Aus Gründen des kontrastiven Vergleichs ist auch Portugal als religiös weitgehend homogenes Land in die Untersuchung einbezogen worden. Innerhalb Deutschlands wurde zudem noch einmal zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland unterschieden, da der Ausländeranteil und die religiöse Situation in den beiden Landesteilen denkbar unterschiedlich sind. In Deutschland wurden die Daten über persönliche Interviews erhoben (*Computer Assisted Personal Interview; CAPI*), in den übrigen Ländern fanden telefonische Befragungen statt (*Computer Assisted Telephone Interview; CATI*). Die Stichprobe umfasst in den alten Bundesländern 1.041, in den neuen Bundesländern 1.002, in Dänemark 1.014, in Frankreich 1.001 und in den Niederlanden und Portugal jeweils 1.000 Befragte. Die Durchführung der Befragung lag in den Händen des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid, Bielefeld, mit dem der am Lehrstuhl für Religionssoziologie an der Universität Münster erstellte Fragebogen mehrfach durchgesprochen wurde.“ - s. Pollack; Müller; Rosta, Friedrichs; Yendell: „Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa“, S. 15

¹⁷ „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“, Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“, S. 1; vgl. Pollack; Müller; Rosta, Friedrichs; Yendell: „Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa“, S. 34

¹⁸ Die Ergebnisse dieser Studie, die im Dezember 2010 veröffentlicht wurden, sind für den vorliegenden Beitrag hauptsächlich aufgrund der Erkenntnisse für Deutschland interessant. Für den europäischen Vergleich bedarf es womöglich einer neuen Untersuchung, welche die Auswirkungen der politischen Ereignisse seit 2011 (IS, Anschlag Charlie Hebdo, usw.) berücksichtigt.

> Negative Haltungen gegenüber Muslimen, Hinduisten, Buddhisten und Juden



Frage: Wie ist Ihre persönliche Haltung zu den Mitgliedern folgender religiöser Gruppen? (Antwort „eher“ bzw. „sehr negativ“ in Prozent)

Abb. 4:

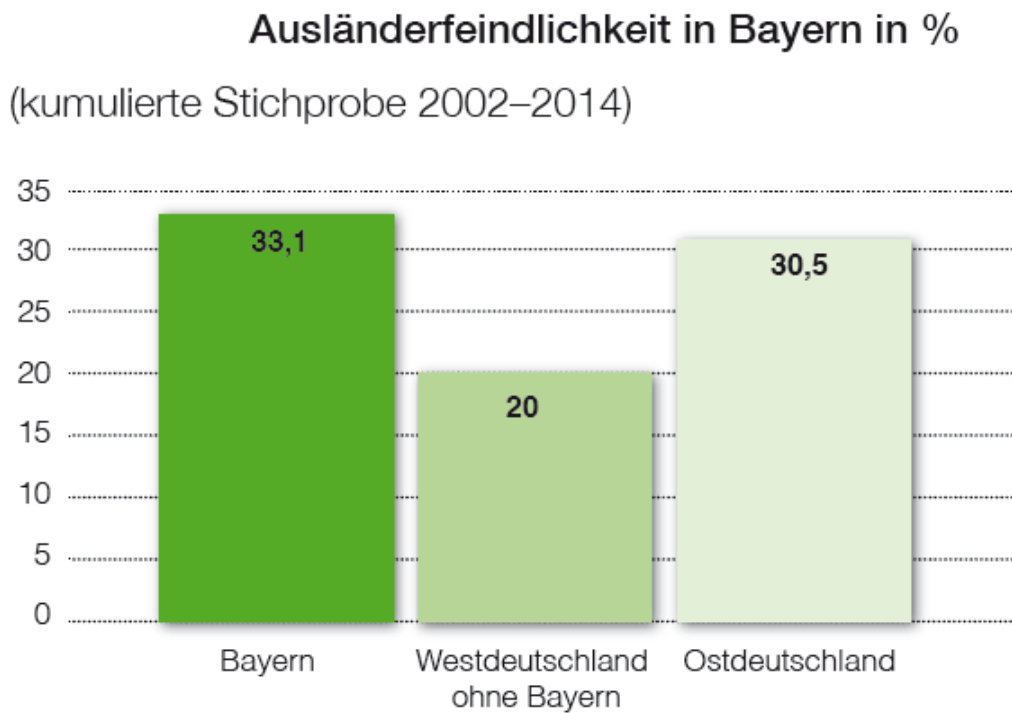
Quelle: Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“, Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“.

Im Auftrag der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag überprüft die „Mitte“-Studie der Universität Leipzig 2014 zusätzlich rechtsextreme Einstellungen in Bayern. Festzustellen ist u.a.:

„Die rechtsextreme Einstellung wird in Bayern von vielen Menschen geteilt. Teilweise ist die rechtsextreme Einstellung ausgeprägter als in den zum Vergleich herangezogenen westdeutschen Bundesländern, teilweise findet sie auch mehr Zustimmung als in Ostdeutschland. So ist der Chauvinismus in Bayern deutlich ausgeprägter als in den anderen Landesteilen. Jeder Vierte stimmt allen Aussagen dieser Dimension zu. Auch die Ausländerfeindlichkeit findet in Bayern bei einer größeren Gruppe Akzeptanz als in Ost- und in Westdeutschland. Mehr als jeder dritte befragte Bayer und fast jede dritte Bayerin kann den Aussagen mit ausländerfeindlichem Inhalt zustimmen. [...] Der primäre Antisemitismus im Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung ist in Bayern häufiger anzutreffen als im restlichen Bundesgebiet, Ost wie West. Auch [...] verharmlosen in Bayern wiederum mehr Menschen den Nationalsozialismus, zieht man zum Vergleich den Mittelwert des restlichen Westdeutschlands und Ostdeutschlands heran.“¹⁹

¹⁹ Decker; Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Bayern Ergebnisse der Mitte-Studie der Universität Leipzig S. 16 f.

Abb. 5



Quelle: Rechtsextreme Einstellungen in Bayern. Ergebnisse der „Mitte“-Studie der Universität Leipzig.

Auch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur „Abwertung der Anderen“²⁰ kam bereits zu der Erkenntnis, dass Deutschland im europäischen Vergleich mit Italien, Ungarn und Polen eine hohe islamfeindliche Einstellung aufweist.

²⁰ „Grundlage der Analyse sind telefonische Interviews von 1000 repräsentativ ausgewählten Befragten ab 16 Jahren je Land, die im Herbst und Winter 2008 im Rahmen der Studie Group-based Enmity in Europe durchgeführt wurden. Beteiligte Länder waren Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Italien, Portugal, Polen und Ungarn. Die Auswahl der Länder deckt unterschiedliche geographische Regionen ab, und berücksichtigt alte wie junge EU-Mitgliedsstaaten.“ – s. Zick; Küpper; Hövemann, *Die Abwertung des Anderen*, S. 21

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
18	Es gibt zu viele Muslime in (jew. Land).	46,1	44,7	36,2	41,5	49,7	27,1	47,1	60,7
19	Muslime in (jew. Land) stellen zu viele Forderungen.	54,1	50,0	52,8	51,8	64,7	34,4	62,3	60,0
20	Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.	52,5	47,2	52,3*	46,7	60,4	62,2	61,5	53,4
Zusätzliche Items in der gesamten Stichprobe:									
22	Die muslimische Kultur passt gut nach (jew. Land).	16,6	39,0	49,8	38,7	27,4	50,1	19,0	30,2
23	Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten.	76,1	81,5	78,8	78,2	82,2	72,1	72,1	76,8
24	Viele Muslime betrachten islamistische Terroristen als Helden.	27,9	37,6	-	29,2	28,5	30,3	30,2	39,3
25	Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.	17,1	26,3	23,3*	19,9	21,5	22,4	26,0	29,6

Abb. 6

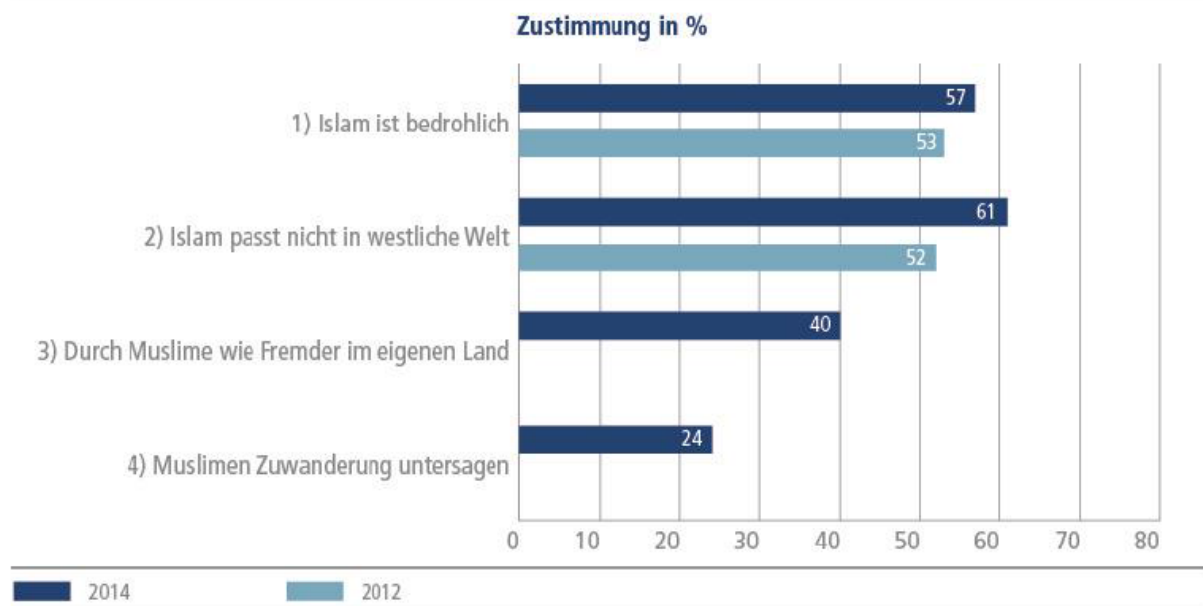
(Zustimmung in Prozent) Quelle: „Die Abwertung der Anderen“, Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann, 2011.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass sowohl die „Mitte“-Studie, als auch die Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“ vor Pegida und vor den Attentaten auf die Redaktion der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* in Paris am 7. Januar 2015 durchgeführt wurden. Die Ergebnisse könnten heute möglicherweise deutlich negativer ausfallen, wie es die Zunahme islamfeindlicher Übergriffe in Frankreich, aber auch in Deutschland nahelegen. Der Vergleich aus Abbildung 2 zwischen den Jahren 2009 bis 2011 und dem Jahr 2014 zeigt ohnehin eine zunehmende Islamfeindschaft, und auch die negative Haltung gegenüber Sinti und Roma sowie gegenüber Asylbewerbern hat im gesamten Bundesgebiet deutlich zugenommen. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung²¹ bestätigt die Zunahme von Ressentiments gegenüber muslimischen Mitbürgern im Jahr 2014 und bekräftigt:

„Islamfeindlichkeit ist keine gesellschaftliche Randerscheinung, sondern findet sich in der Mitte der Gesellschaft. Islamfeindlichkeit als salonfähiger Trend kann zur Legitimation diskriminierender und ausgrenzender Verhaltensweisen gegenüber einer Minderheit genutzt werden.“

²¹ „Für den Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung wurden zwischen Oktober und Dezember 2012 14.000 Personen in 13 Ländern zu ihrer persönlichen Religiosität, ihren Werthaltungen und dem Verhältnis von Religion, Politik und Gesellschaft repräsentativ befragt. (...) Im Rahmen der Emnid-Umfrage vom November 2014 wurden zentrale Fragen zur Islamwahrnehmung der deutschen Bevölkerung, die bereits im Religionsmonitor enthalten waren, neu erhoben. So konnten Veränderungen im Islambild zwischen 2012 und 2014 – auch vor dem Hintergrund aktueller politischer Ereignisse – erfasst werden. Zusätzlich wurden weitere Fragen zu Einstellungen gegenüber und zum Kontakt zu Muslimen eingebunden. Insgesamt sind die Antworten von 937 Befragten in die Auswertungen eingeflossen (nicht-muslimische deutsche Bevölkerung ab 16 Jahre).“ – s. Religionsmonitor – Sonderauswertung Islam 2015, S. 2

Abb. 7



Quelle: Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung – Sonderauswertung Islam 2015.

Laut den Ergebnissen der „Mitte“-Studie lässt sich zwar feststellen, dass immer noch jeder fünfte Deutsche ausländerfeindlich ist, jedoch die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen 2014 insgesamt, im Vergleich zu den bisherigen Studien, gesunken ist. D.h. ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ ist in ganz Deutschland von 9,7% im Jahr 2002 auf 5,6% im Jahr 2014 deutlich zurückgegangen. Dieser Rückgang bezieht sich auf die Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und Chauvinismus, aber auch auf Ausländerfeindlichkeit.

Verständlicher wird dieser scheinbare Widerspruch zu den Ergebnissen von Abbildung 2 anhand der Antworten aus der bereits erwähnten europaweiten Umfrage „*Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt*“: Die meisten der befragten Deutschen schätzen sich selbst als tolerant ein und befürworten mit 81,8% in Westdeutschland und 75% in Ostdeutschland die Aussage: „Man muss alle Religionen respektieren“. Knapp 90% der Deutschen meint, „wenn die Ausländer sich an unsere Gesetze halten“, dann kommt es auf ihre Religion nicht an. Auch die Religionsfreiheit erachten ca. 90% der Deutschen für wichtig. Im europäischen Vergleich schneiden die Deutschen auch hier am schlechtesten ab, jedoch ist die Selbstwahrnehmung beachtlich. Als fremdenfeindlich oder rechtsradikal würden sich diese Befragten mit großer Sicherheit nicht bezeichnen. Im Gegenteil: Die Antworten suggerieren eine offene Haltung. Die gleiche Umfrage bringt jedoch auch folgende Ergebnisse hervor: Nur 48,5% der Westdeutschen und 53,4% der Ostdeutschen stimmen zu, dass alle religiösen Gruppen im Land die gleichen Rechte haben sollten. Ein deutlicher Unterschied zu den anderen Europäern, wie mit 72% in Dänemark, 81,6% in den Niederlanden, 85,8% in Frankreich und 89,2% in Portugal. 42% der Westdeutschen und 54,6% der Ostdeutschen denken, die Ausübung des islamischen Glaubens müsse stark eingeschränkt werden. Nur 28,4%

der Westdeutschen befürworten den Bau von Moscheen, im Osten nur 19,5% und für den Bau von Minaretten äußern noch viel weniger Bürger ihre Zustimmung. Eine ablehnende Haltung ist im Vergleich zu den anderen befragten Europäern wieder deutlich höher. Schließlich glauben 40,7% im Westen Deutschlands, „dass unser Land durch fremde Kulturen/Nationen bedroht ist“, wie auch die Ostdeutschen mit 50,1% und damit dem Höchstwert im Vergleich mit den anderen befragten Europäern.

Und wie bereits in der Studie zuvor zeigen sich die Deutschen auch in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur „Abwertung der Anderen“ ebenfalls ähnlich widersprüchlich. 50% glauben, es gibt zu viele Zuwanderer in Deutschland. „Manche Kulturen sind anderen klar überlegen“ behaupten 41,6% der Deutschen und 51,9% denken „wir müssen unsere eigene Kultur vor dem Einfluss anderer Kulturen schützen.“ Die Haltung zu Muslimen wurde bereits in Abbildung 7 deutlich und auch Vorurteile gegenüber Schwarzen sind verhältnismäßig hoch:

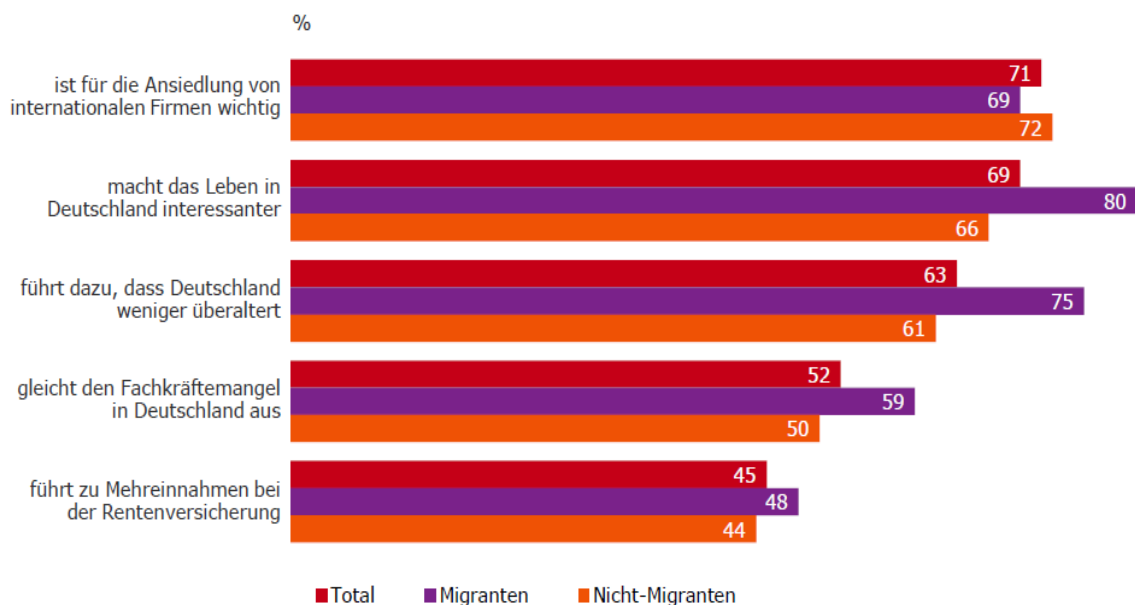
Abb. 8

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
13	Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern.	30,5	34,6	38,5*	32,4	18,7	45,1	41,6	41,8
14	Schwarze und Weiße sollten besser nicht heiraten.	13,5	10,6	13,6*	4,7	7,5	17,9	23,5	30,3
Zusätzliche Items in Zufallshälfte der Stichprobe:									
15	Manche Kulturen sind anderen klar überlegen.	41,6	20,1	29,4	37,9	28,6	61,3	49,4	38,5
16	Wir müssen unsere eigene Kultur vor dem Einfluss anderer Kulturen schützen.	51,9	59,2	54,8	54,1	49,4	70,1	69,0	78,5
17	Manche Völker sind begabter als andere.	45,0	27,5	25,0	43,6	31,2	57,1	50,4	53,8

(Zustimmung in Prozent) Quelle: „Die Abwertung der Anderen“, Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann, 2011.

Fast jeder zweite Befragte in Deutschland (insgesamt 46,1% der Befragten) stimmen der Aussage „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland“ zu (s. Abb. 6). Doch auch die in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur „Abwertung der Anderen“ Befragten halten sich grundsätzlich für weltoffen und behaupten mit 75%: „Zuwanderer bereichern unsere Kultur.“ Laut einer weiteren Studie mit dem Titel „Willkommenskultur in Deutschland“ aus dem Jahre 2012, denken 72% der Deutschen ohne Migrationshintergrund, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache.

Abb. 9
Zuwanderung...



Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht. Zuwanderung ...
Basis: 1.002 Befragte

Quelle: TNS Emnid „Willkommenskultur in Deutschland“ im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Dezember 2012.

Eine Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach²² attestiert dem deutschen Volk „mehr Gelassenheit gegenüber Zuwanderung“. Eine relative Mehrheit von 49% spricht sich für (32% gegen) die geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU aus. Die Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren unterstützen zwar nur 26 %, während 49 % diese ablehnen, jedoch zeigt die Trendanalyse der Erhebung einen positiven Prozess: Noch ein Dreivierteljahr vorher sprachen sich 67 % gegen die Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien aus, einige Monate vor Veröffentlichung der Studie nur noch 61, während der aktuelle Stand bei 49 % liegt. 2004 vertraten noch 42 % die Meinung, Deutschland habe keinen Platz mehr für Einwanderer. 2010 waren noch 28% dieser Meinung und heute nur noch 18%. „Diese Veränderung der öffentlichen Meinung geht in hohem Maße auf die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes zurück, durch die Zuwanderer weniger als Konkurrenten um knappe Stellen, sondern zunehmend als wichtige Ressource für die deutsche Wirtschaft gesehen werden.“²³

Einen Positivtrend verzeichnet, wie bereits erwähnt, auch die aktuelle „Mitte“-Studie²⁴, wo jedoch gleichzeitig festgestellt wird:

²² Veröffentlicht von Professor Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 43 vom 20. Februar 2014, S. 8, unter dem Titel: "Mehr Gelassenheit beim Thema Einwanderung. Im Prinzip sind die Deutschen für die Freizügigkeit innerhalb der EU. Nur bei Rumänen und Bulgaren überwiegt noch die Skepsis."

²³ Ebd.

²⁴ Decker/Kiess/Brähler: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, S. 43ff., S.59

„Im Vergleich zu den zuletzt 2011 von der Bielefelder Forschungsgruppe „Deutsche Zustände“ im Wilhelm Heitmeyer erhobenen Zustimmungswerten lässt sich 2014 ein deutliches Anwachsen der Islamfeindschaft und des Antiziganismus feststellen. (Heitmeyer 2012, 38 - 40)“²⁵

Auch Naika Fourutan hält aufgrund unterschiedlicher Studien²⁶ fest, „dass es in Deutschland einen verhaltenen Optimismus gegenüber Vielfalt und Zuwanderung gibt“ und gleichzeitig eine „steigende islamfeindliche Einstellungen“ zu beobachten ist.

„Somit ist für Deutschland ein Paradoxon des Pluralismus zu beobachten, wenn diese auf der einen Seite von einer Bevölkerungsmehrheit begrüßt, gleichzeitig aber für die größte Minderheitengruppe eingeschränkt wird, nach dem Motto: Vielfalt ja – aber ohne Muslime!“²⁷

Dieser Widerspruch zwischen einem deutlichen Bekenntnis zur Pluralität und einer statistisch nachweisbaren Zunahme an Islamfeindlichkeit ist mit dem misslichen Begriff *Kultur-Rassismus* zu erklären (s.o.), sodass hier nun ganz spezifisch von *antimuslimischem Rassismus* (i.S.d. Neorassismus) gesprochen werden muss.

Exkurs: Antimuslimischer Rassismus

Im Kontext des nicht biologistischen Rassismus, des bereits beschriebenen Neo- bzw. Kultur-Rassismus, ist auch der antimuslimische Rassismus zu verstehen. Die Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“ der Deutschen Islam Konferenz erklärt in einem Zwischenbericht vom März 2011, der Begriff antimuslimischer Rassismus „hat den Vorteil, von vornherein klar zu stellen, dass die damit verbundene Problemanzeige sich nicht auf eine Religion als solche, sondern auf konkrete Menschen bezieht (nämlich Muslime oder auch Menschen, die für Muslime gehalten werden).“ Allerdings sei der Begriff nur für die „harten Varianten“ anwendbar, da „viele Menschen, die vielleicht ein diffuses Unbehagen gegenüber Muslimen verspüren, (...) es sicherlich als ungerecht empfinden [würden], wenn man sie von vorneherein in die Nähe des Rassismus stellt.“²⁸

In einem kritischen Kommentar zum Zwischenbericht der Arbeitsgruppe bemängelt die Historikerin und Rassismusforscherin Yasemin Shooman, dass es sich im Bericht um ein Rassismusverständnis handelt, „wonach Rassismus ein gesellschaftliches Randphänomen sei“ und „verkennt, dass rassistische Praktiken sich unter anderem auch in

²⁵ Ebd. S.62

²⁶ Fourutan nennt hier explizit Studien des Sachverständigenrates für Migration und Integration (SVR) sowie die jährlichen Transatlantic Trends Erhebungen des German Marshall Funds. Erwähnt sei an dieser Stelle auch die Studie „Zuwanderung und Integration aus Sicht der Bevölkerung“ vom Institut für Demoskopie Allensbach (im Erscheinen), die ebenfalls unter der Bevölkerung mehr Gelassenheit, trotz grundsätzlicher Skepsis, feststellt. Für diese Entwicklung spielt die gute wirtschaftliche Lage maßgebend eine Rolle.

²⁷ Foroutan, Naika: *Muslimbilder in Deutschland Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte*, Berlin 2012, S.7

²⁸ Deutsche Islamkonferenz: *Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“*, Berlin 2011, S.3 f.

der Regelung von Ein- und Ausschluss, von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit niederschlagen.“ Diese äußern sich in einfachen Alltagssituationen, wie Shooman anhand einiger Beispiele weiter ausführt. Laut Shooman muss ein Mensch nicht zwingend schlechte Absichten haben, um Rassismus zu reproduzieren und verweist auf Erfahrungen im Umgang mit Antisemitismus. Kein Verantwortlicher würde den Begriff „Antisemitismus“ mit der Argumentation ablehnen, Personen könnten diesen „als ungerecht empfinden“, weil sie bloß „ein diffuses Unbehagen“ gegenüber Jüdinnen und Juden verspüren und sich deshalb einer antisemitischen Rhetorik bedienen. Im internationalen wissenschaftlichen Diskurs hat sich der Begriff „Islamophobie“ etabliert, der wiederum als eine Form von Rassismus klassifiziert wird und synonym zum Begriff „anti-Muslim racism“ verwendet wird. Das deutsche Wort „Islamophobie“ ist zwar aufgrund dieser internationalen Verständigung korrekt, ersetzt jedoch noch nicht den deutlicheren Ausdruck „antimuslimischer Rassismus“, da (anders als im englischen Begriff) im deutschen *Islamophobie* die Konstruktion einer vermeintlich homogenen Gruppe, also eine *Rassifizierung* (engl.: „Racialisation“), nicht inbegriffen ist.²⁹ Somit ist antimuslimischer Rassismus unter den Rassismus-Begriff zu subsumieren, wie er von Albert Memmi definiert wird:

„Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen“³⁰

Rechtsradikale und neorassistische Phänomene in Deutschland

Laut dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013 (aktuellster Bericht) werden „nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften“ ca. 21.700 Personen als potenziell rechtsextremistisch eingeschätzt. 9.600 Rechtsextreme gelten als gewaltbereit und ein Viertel aller Rechtsextremisten sind Neonazis.

²⁹ Zur Vertiefung in die Begriffsfrage s. „Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zu der Begriffsdebatte der Deutschen Islam Konferenz“ von Yasemin Shooman, 2011

<http://heimatkunde.boell.de/2011/07/01/islamophobie-antimuslimischer-rassismus-oder-muslimfeindlichkeit-kommentar-zu-der>

³⁰ Memmi: *Rassismus*, Frankfurt a.M. 1992, S. 164

Rechtsextremismuspotenzial ¹		
	2012	2013
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	7.500	7.400
Neonazis ²	6.000	5.800
in Parteien	7.150	7.000
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	6.000	5.500
„DIE RECHTE“	150	500
„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)	1.000	1.000
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	2.500	2.500
Summe	23.150	22.700
nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften ³	22.150	21.700
davon gewaltbereite Rechtsextremisten	9.600	9.600

¹ Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet.
² Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene.
³ Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

Abb. 10: Quelle: Verfassungsschutzbericht 2013 – Fakten und Tendenzen.

Unter den bundesweit 16.557 registrierten Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund sind für das Jahr 2013 laut Verfassungsschutzbericht 704 Körperverletzungen und vier versuchte Tötungsdelikte zu vermelden. Unter den Körperverletzungen habe es 443 Übergriffe mit speziell fremdenfeindlichem Hintergrund gegeben. Dies ist der höchste Stand seit 2006 (484) und umfasst somit rund 60% aller begangenen rechtsextremistischen Gewalttaten (Verfassungsschutzbericht 2013, S. 72). An dieser Stelle sei erwähnt, dass sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch eine Reihe von Politikern bemängeln, dass rechtsextremistisch motivierte Straftaten oft nicht als solche erkannt und registriert werden.³¹ So weichen die Zahlen staatlicher Statistiken über rechtsextreme Gewalttaten erheblich von denen der Opferberatungsstellen ab. Der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung verweist auf 184 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt zwischen 1990 und 2011, während offizielle Behörden nur 60 Todesopfer im gleichen Zeitraum vermelden. Die Dunkelziffer dürfte wohl viel höher liegen. Der NSU-Prozess hat erst deutlich gemacht, dass rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten seitens der deutschen Sicherheitsbehörden jahrelang völlig falsch eingeschätzt und verharmlost wurden.

³¹ vgl. o.g. Bericht der ECRI

Abb. 11

Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund ⁵		
Gewalttaten:	2012	2013
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	6	4
Körperverletzungen	690	704
Brandstiftungen	21	11
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	2
Landfriedensbruch	10	10
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	6	2
Freiheitsberaubung	0	1
Raub	9	7
Erpressung	8	3
Widerstandsdelikte	51	57
gesamt	802	801
Sachbeschädigungen	1.151	1.016
Nötigung/Bedrohung	153	152
Propagandadelikte	12.219	11.639
Störung der Totenruhe	11	18
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	2.798	2.931
gesamt	16.332	15.756
Straftaten insgesamt	17.134	16.557

Quelle: Verfassungsschutzbericht 2013.

Laut Angaben des BKA ereigneten sich die meisten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten mit 192 registrierten Delikten im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Insbesondere Dortmund (600.000 Einwohner) gilt als Neonazi-Hochburg Westdeutschlands, wo der Verfassungsschutz zwischen 2005 und 2010 offiziell 1080 Taten mit rechtsextremem Hintergrund verzeichnete. Die Etablierung der Dortmunder Nazi-Szene macht besonders deutlich, wie jahrelange Fehleinschätzungen die Verbreitung begünstigt hat. Ein Grund dieser Fehleinschätzung zeigt sich am Beispiel Dortmund selbst: Während Medien bei Berichten über Neonazis noch immer den Skinhead mit Bomberjacke und Springerstiefeln abbilden, hat sich die Szene längst weiterentwickelt. Aus den Reihen der freien Kameradschaften formierte sich seit spätestens 2002 in Berlin die Bewegung *Autonome Nationalisten* (AN). Ideologisch mit den Neonazis gleichzusetzen, unterscheidet sich der *nationalrevolutionäre schwarze Block* von ersteren durch äußeres Auftreten und insbesondere „durch die revolutionären Inhalte und seine Aktionen (Blockaden, Besetzungen, Verweigerungen, etc.)“. Diese jungen Neonazis sind dementsprechend äußerst gewaltbereit und attackieren offen politische Gegner, aber auch Polizisten und Journalisten. Ihre Kleidung unterscheidet sie deutlich vom klassischen Neonazi-Stil (Bomberjacke etc.) und erinnert eher an das Auftreten der linken Autonomen. Die Kleidung ist sportlich und modern, mit Kapuzenpullovern und Baseball-Kappen, manchmal auch mit sog. Palästinensertuch, bestückt mit Buttons und Aufnähern mit politischen Slogans, wie man sie auch aus der linken Jugendszene kennt. Hip-Hop-Musik und Anglizismen sind entgegen der traditionellen Neonazikultur keine Ausnahme. Hinter diesem Auftreten steckt eine bewusste Strategie. „*Es spielt keine Rolle, welche Musik man hört, wie lang man seine Haare*

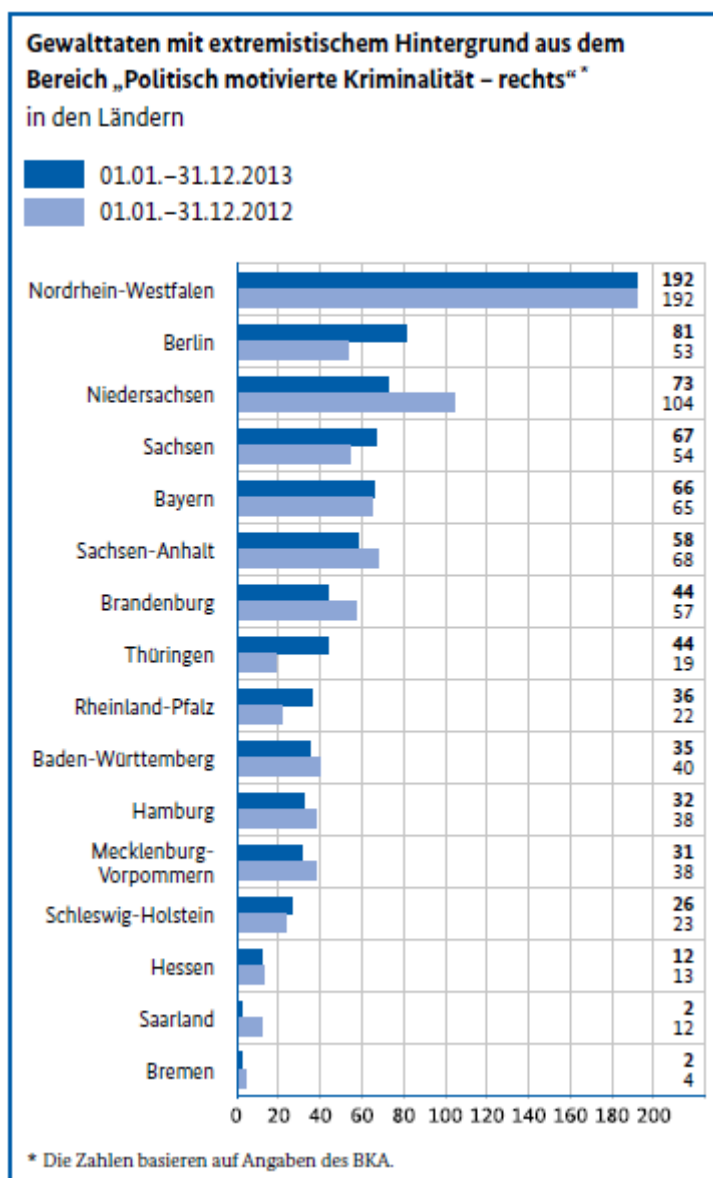
trägt oder welche Klamotten man anzieht“, verkünden die *Autonomen Nationalisten Wuppertal* auf ihrer Internetseite und äußern offen: „Wir setzen uns dafür ein, alle relevanten Teile der Jugend und Gesellschaft zu unterwandern und für unsere Zwecke zu instrumentalisieren.“³²

Traditionelle Neonazis haben lange Zeit starke Kritik an den Methoden der AN geäußert und ihren militanten Aktionismus für kontraproduktiv gehalten. Laut Einschätzung des Verfassungsschutzes wird dieser militante Stil innerhalb der Szene mittlerweile jedoch nicht mehr mit der gleichen Schärfe wie zuvor verurteilt und findet Nachahmer. Selbst die NPD, die sich bereits Mitte der 1990er Jahre nach dem Verbot zahlreicher Neonazigruppen für ehemalige Militante öffnete, zeigt sich trotz politisch-strategischer Distanz zu Gewalt auch offen für die AN. So ist es nicht verwunderlich, dass Sebastian Schmidtke (geb. 1985), radikaler AN-Aktivist der ersten Stunde, seit März 2012 Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der NPD ist.

„Revolutionäres Pathos, antibürgerlicher und provokativer Habitus zielen vornehmlich auf Jugendliche und Heranwachsende“, so heißt es in der Broschüre des Verfassungsschutzes über „Autonome Nationalisten – Rechtsextremistische Militanz“. Mit 18 bis 25 Jahren ist der größte Teil der AN-Anhänger deutlich jünger als die Wortführer der traditionellen Neonazis. Sie sind überwiegend in Westdeutschland und im Großraum Berlin organisiert, womit möglicherweise auch die bereits erwähnte hohe Zahl an rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten mit 192 registrierten Delikten in NRW zu erklären ist. Diese müssen aber auch in Relation zum Bevölkerungsreichtum NRWs gesehen werden.

³² Broschüre des Verfassungsschutzes „Autonome Nationalisten – Rechtsextremistische Militanz“, Herausgeber: Bundesamt für Verfassungsschutz, Mai 2009, S. 3.

Abb. 12



Quelle: Verfassungsschutzbericht 2013.

Neonazis in Deutschland

Der Verfassungsschutzbericht 2013 stellt insgesamt eine hohe Militanz im deutschen Rechtsextremismus fest. Terrorismus wird als Notwehrmaßnahme gegen den „drohenden Volkstod“ legitimiert. Auch ein „Rassenkrieg“ und die Vorherrschaft der „weißen Rasse“ wird noch propagiert³³. Da ein Viertel aller Rechtsextremisten Neonazis sind (s. Abbildung 10), sind biologistisch-rassistische Ideen noch weit verbreitet. Während sich die Militanz der jungen Autonomen Nationalisten gegen die Polizei und politische Gegner richtet, entlädt sich die Gewalt klassischer Neonazis hauptsächlich gegen sog. „Fremde“. Die Mitglieder der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, zählen noch zur Generation der klassischen Neonazis der 1990er Jahre und auch sie haben ihre Mordanschläge hauptsächlich auf „Ausländer“ bzw. „Fremde“ verübt. Im November 2011 wird

³³ Verfassungsschutzbericht 2013, S. 62

bekannt, dass die rechts-terroristische Zelle in den Jahren 2000 bis 2006 in verschiedenen Großstädten Deutschlands den Mord an acht Türkischstämmigen sowie einem Griechischstämmigen zu verantworten hat. Außerdem wird ihnen das sog. Nagelbomben-Attentat auf der Keupstraße in Köln am 9. Juni 2004 zugeschrieben. Bei dem Anschlag wurden in der belebten Einkaufsstraße mit vorwiegend türkischen Geschäften 22 Menschen verletzt. Ferner wird geprüft, ob ein Sprengstoffanschlag auf ein Lebensmittelgeschäft in Köln am 19. Januar 2001, bei dem die 19 Jahre alte deutsch-iranische Tochter des Inhabers schwer verletzt wurde, ebenfalls vom NSU verübt wurde.

Die aufgedeckten NSU-Morde, die in den Medien schlicht „Döner-Morde“ genannte wurden, sorgten für Entsetzen und Verwunderung über die Radikalität der Rechtsextremisten, obwohl Rechtsterrorismus kein unbekanntes Phänomen in Deutschland ist. Tatsächlich ignorierte man die Möglichkeit rechtsextremer Motive und beschuldigte die Mordopfer, wie auch die Opfer des Nagelbomben-Attentats einer Verstrickung in kriminelle Strukturen und somit, teils indirekt, einer eigenen Mitverantwortung. Dabei werden nicht nur den Ermittlungsbehörden, sondern auch den Medien schwere Vorwürfe gemacht, wie es das Ergebnis einer Studie der Otto Brenner Stiftung zeigt:

„Zehn Morde, elf Jahre Ermittlungen in falsche Richtungen und eine weitreichende Kriminalisierung der Opfer – das ist für die inzwischen als ‚NSU-Morde‘ bezeichneten Verbrechen an Menschen mit Migrationsbiografie rückblickend der bittere Befund hinsichtlich der Arbeit nicht nur der Strafverfolgungsbehörden, sondern auch sehr großer Teile der medialen Berichterstattung. Diese folgte bis auf wenige Ausnahmen der Logik und den Deutungsmustern der Ermittlungsbehörden und hat dadurch zur Ausgrenzung der Opfer beigetragen, die Angehörigen stigmatisiert und sich zudem teilweise selbst mit umfangreichen Spekulationen an der Tätersuche beteiligt.“³⁴

Bereits in der Einleitung der Studie wird die Frage aufgeworfen, ob neben einem „Staatsversagen“ auch von einem „Medienversagen“ gesprochen werden könne.

„Fest steht, dass die ‚Erkenntnisse‘ der Ermittlungsbehörden, die polizeilichen Deutungsangebote für die Täterschaft und auch meist spekulative Mutmaßungen über Hintergründe der Mordserie (‚Ausländer-Milieu‘, organisierte Kriminalität, Drogenszene usw.) von vielen Medien unkritisch übernommen und öffentlich verstärkt wurden; dass andere Quellen dagegen kaum ausgewertet wurden und insgesamt viel zu wenig eigenständig und investigativ recherchiert worden ist. Dass bei Gewaltverbrechen die Opfer in der Medienberichterstattung gewöhnlich, wenn nicht mit Sympathie, dann doch mit Empathie rechnen können, war bei der ‚Döner-Mordserie‘ nicht zu beobachten. Eher das Gegenteil ist festzustellen: Familienmitglieder, aber auch Freundinnen und Freunde oder Kolleginnen und Kollegen der Ermordeten wurden von Teilen der Presse nicht als trauernde Opfer beschrieben, sondern häufig als verdächtige Mitwisser oder gar als schweigende Mittäter in Erwägung gezogen.“³⁵

³⁴ „Das Unwort erklärt die Untat“ Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik; Virchow/Thomas/Grittmann, Frankfurt am Main 2015, S. 10

³⁵ Ebd. S.3f.

Inwiefern die Medien Mitschuld an einem Rechtsruck in Deutschland tragen, wird im Folgenden noch thematisiert.

Festzuhalten bleibt, dass der aufgedeckte Kern der NSU nur die Spitze des Eisbergs ist. Hinter den drei Hauptverantwortlichen steckt ein ganzes Neonazi-Netzwerk. „*Wenn wir Umfeld und praktische Unterstützer zusammenzählen, kommen wir in unseren Recherchen auf rund 200 Personen*“, erklärt Eike Sanders vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) in Berlin-Kreuzberg. Sicherheitsbehörden ordnen dem NSU 129 Unterstützer zu. Untersuchungen wiesen nach, dass eine ideologische wie personelle Nähe des NSU zum deutschen Ableger des rechtsextremen Netzwerks *Blood & Honour* besteht, dessen „bewaffneter Arm“ die militante Gruppe *Combat-18* ist. Eine Vernetzung, nicht nur über die Bundesländer, sondern auch über nationale Grenzen hinweg wird dadurch offensichtlich.

Klassische Neonazis und ihre Strukturen sind leicht zu erkennen und stehen weitestgehend unter Beobachtung. Der rechtsextremistische Terror könnte in Zukunft jedoch höchstwahrscheinlich eine Bedrohung aus den Reihen der Autonomen Nationalisten sein, deren Militanz und Geltungs- sowie Aktionsdrang nicht zu unterschätzen ist. Darüber hinaus bilden diese „verdeckten“ Neonazis eine Brücke zur bürgerlichen rechtspopulistischen Szene, wo Rechtsextreme einfach nur als besorgte, konservative Bürger auftreten können. Im April 2012 stürmte ein SEK-Team 17 Wohnungen bei Wuppertal. Eine Gruppe von 15- bis 25-Jährigen, die als Freundeskreis Rade organisiert waren, bildeten eine militante Vereinigung, die mit Gewalttaten gegen Migranten, Propaganda-Aktionen und einem ernst zu nehmenden Waffendepot als extrem gewaltbereit und gefährlich einzustufen sind. Ein großer Teil dieser Gruppe war zuvor Mitglied der Jugendorganisation von Pro NRW. Zuletzt sorgten die vereitelten Anschlagpläne der auf mehrere Bundesländer verteilten rechtsextremen „Oldschool Society“ (OSS) für Aufsehen, die namenhafte Salafiten, Moscheen und Asylbewerberunterkünfte im Visier hatten.

Rechtspopulismus in Deutschland

Eine Studie von Alexander Häusler und Rainer Roeser fasst die Unterschiede zwischen den traditionellen Rechten und den neuen Rechten wie folgt zusammen:

Traditionelle extreme Rechte	Modernisierte Rechte
Positiver Bezug auf den Faschismus	Proklamierte Abkehr von der extremen Rechten
Offene Ablehnung der Demokratie	Taktische Befürwortung der „direkten Demokratie“
Proklamierter Systemsturz	Transformation der Demokratie nach rechts
Völkischer Rassismus, Antisemitismus	Ökonomisierung, Kulturalisierung und religiöse Verklammerung des Rassismus
Feindbilder: Juden, Ausländer, Linke, Europäische Union	Feindbilder: Muslime, Multikulturalismus, linke Hegemonie („political correctness“), EU-Bürokratie
Bezugspunkte: Rasse, Nation, Europa der Völker	Bezugspunkte: Tradition, Kultur, Region, Heimat

Quelle: Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland, Alexander Häusler und Rainer Roeser, Erfurt 2014.

Die pro-Bewegungen (pro-Köln, pro-NRW, pro-Deutschland usw.) zählen zu den bekanntesten Neurechten. Sie selbst bezeichnet die Bewegung als rechtspopulistisch, konservativ oder „freiheitlich“, wird vom Verfassungsschutz jedoch als rechtsextrem und verfassungsfeindlich eingestuft. Die Pro-Bewegung zeichnet sich hauptsächlich durch das Schüren von Ressentiments und Hass gegenüber Muslimen und damit verbundenen Islamisierungstheorien aus. Darüber hinaus hetzt die Pro-Bewegung gegen Einwanderer, insbesondere gegen Roma und Sinti. Die Nähe zum Rechtsextremismus versucht die Bewegung zwar von sich zu weisen, sie lässt sich jedoch nicht verleugnen. So besteht z.B. das Personal von *pro-Bayern* zu großen Teilen aus ehemaligen Rechtsextremisten, die ehemals Mitglieder der NPD, der Republikaner oder der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) gewesen sind und an Neonaziaufmärschen teilnahmen. Auch der aktuelle Bundesvorsitzende von *pro-Deutschland*, Manfred Rouhswar, war vor seiner pro-Karriere Mitglied der Republikaner, Direktkandidat der NPD für die Bundestagswahlen, sowie Generalsekretär des neofaschistischen Rings Freiheitlicher Studenten in Deutschland und vertrat bis 1994 die rechtsextreme Deutsche Liga für Volk und Heimat im Kölner Stadtrat. Der Parteivorsitzende von pro NRW und pro Köln, Markus Beisicht, hat eine ähnliche Vergangenheit und fällt darüber hinaus als Autor der christlich-fundamentalistischen Webseite kreuz.net auf, die sich laut

Versfassungsschutz durch homophobe, muslimfeindliche und antisemitische Äußerungen auszeichne. Seine Nähe zur rechtsextremen Szene untermauerte Beisicht als Strafverteidiger des mittlerweile politisch nicht mehr aktiven, bundesweit bekannten Kölner Neonazis Axel Reitz.

Eine weitere „Rechtsaußenpartei“ (Häusler/Roeser) ist die Alternative für Deutschland (AfD), über die der Publizist Albrecht von Lucke meint, „in weiten Teilen genau jene Partei rechts der Union“ zu sein, welche „schon Franz Josef Strauß immer gefürchtet hatte“.³⁶ Bei ihrer Gründung im Februar 2013 gibt sich die AfD zunächst als Euro- und EU-kritische Partei und ist auch laut Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung „eher dem liberal-konservativen Spektrum zuzuordnen“, wobei sie von „Teilen der Wissenschaft“ zudem als rechtspopulistisch eingeordnet wird. Seit dem die AfD eine deutliche Nähe zur Pegida-Bewegung gezeigt hat, verstärken sich Vorwürfe des Rechtspopulismus und Kulturalismus, gegen den sich AfD-Funktionäre immer gewehrt hatten. In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeine Zeitung erklärt Sachsens AfD-Landesvorsitzende Frauke Petrysei, dass die „inhaltliche Überschneidung“ der Forderungen der Bewegung mit dem Programm der AfD „offensichtlich“ sei. Außerdem sei es kein Geheimnis, dass „sehr viele“ AfD-Mitglieder bei Pegida-Demonstrationen mitliefen.³⁷ So rufen die Kreisverbände der AfD in der Sächsischen Schweiz und Dresden ihre Mitglieder offen zur Teilnahme an den Protesten auf und kritisieren den Aufruf zur Gegendemonstration durch Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU). AfD-Mitglieder sind ebenfalls maßgeblich an der Gestaltung der Demonstrationen beteiligt, wie etwa Alexander Heumann, der einer der Initiatoren des Düsseldorfer Pegida-Ablegers (Dügida) ist. Bei einer Demonstration der gewaltbereiteren Hogesa in Hannover trat Heumann als Redner auf und äußert gegenüber der FAZ islamophobe Vorstellungen, wonach „in 20 Jahren in Deutschland die Scharia eingeführt wird, wenn die Islamisierung so weitergeht.“³⁸ Laut Heumann sei es problematisch, Muslime in Deutschland den Zugang zum öffentlichen Sicherheitsapparat zu ermöglichen, wie etwa als Polizisten. Diese offen kultur-rassistische Haltung zeigt auch das Mitglied des Landesvorstand der AfD Sachsen, Hans-Thomas Tillschneider, der islamfeindliche Ressentiments schürt, indem er verallgemeinernd vor „dem“ Islam an sich warnt: *„Pegida hat erkannt, dass das Problem nicht allein die Salafisten, Jihadisten und Terroristen sind, jenes traurige Häuflein von schätzungsweise 5000 meist jugendlichen Hysterikern [...] Das „wahre Problem“ sei hingegen „der langsame und stete Prozess der Verwirklichung von mehr und immer mehr Islam, der eine Gesellschaft zum Ziel hat, in der niemand von uns leben will“.*³⁹

Wohin sich die AfD noch bewegt, bleibt abzuwarten. Die Studie *Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland* beschreibt die AfD als eine Partei,

³⁶ Vgl. Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland, Alexander Häusler und Rainer Roeser, Erfurt 2014, S. 35

³⁷ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-naehe-der-afd-zum-islamkritischen-pegida-buendnis-13314224.html>

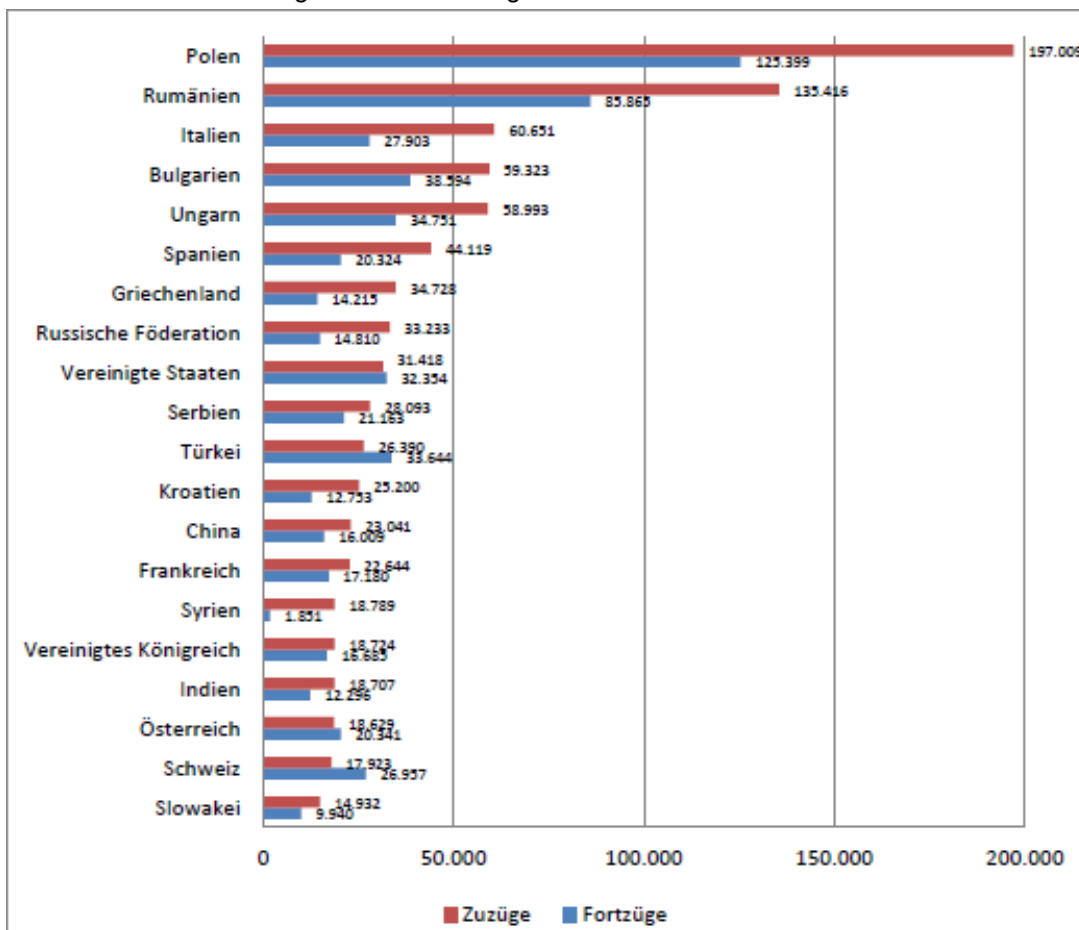
³⁸ Ebd.

³⁹ <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-rechtsau-en-dem-stammtisch-zuh-ren>

„die sowohl nationalliberale und nationalkonservative wie auch rechtspopulistische Tendenzen aufweist. Deutliche Ähnlichkeiten hinsichtlich ihrer Ausrichtung weist die AfD zum früher existenten rechtspopulistischen Bund freier Bürger auf, Überläufer hat die AfD aus der rechtspopulistischen Partei Die Freiheit zu verzeichnen. Zugleich stellt sie für Parteien wie die Republikaner oder pro NRW/pro Deutschland eine Konkurrenz bei Wahlen dar. Besonders in Ostdeutschland sind seitens der NPD Befürchtungen wahrnehmbar, durch die Existenz der AfD auf ein kleines neonazistisches Kernmilieu zurückgeworfen zu werden.“⁴⁰

Mit der Nähe zur Pegida-Bewegung wird nun auch die Haltung der AfD zu Einwanderern insgesamt deutlicher. Trotz der Tatsache, dass die meisten Einwanderer Nichtmuslime sind, wird auch von der AfD die „Islamkritik“ als Beweggrund für ihren Protest vorgeschoben. Damit unterstützt die Partei die Konstruktion eines Feindbilds und fördert antimuslimischen Rassismus.

Abb. 13: Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern im Jahr 2013



Quelle: Migrationsbericht 2013.

Seit Oktober 2014 demonstriert Pegida nun gegen eine vermeintliche Islamisierung des Abendlandes und gegen die Einwanderungspolitik Deutschlands. Eine Studie zu

⁴⁰ Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland, Alexander Häusler und Rainer Roeser, Erfurt 2014, S. 70

Pegida in Dresden hat das Team um den Politikwissenschaftler Prof. Dr. Hans Vorländer von der TU Dresden erstellt. Das zentrale Ergebnis der Befragung wurde im Januar 2015 vorgestellt:

„Der ‚typische‘ PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit aus und stammt aus Dresden oder Sachsen.“

Die Studie löste scharfe Kritik bzgl. der Methodik aber auch bzgl. der Ergebnisse aus. Einige Wissenschaftler bewerten die Ergebnisse als unbrauchbar, da rund 65% der ursprünglich angesprochenen ca. 1.200 Teilnehmer eine Befragung ablehnten. Der Soziologe Prof. Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin äußerte gegenüber dem ARD-Magazin FAKT große Zweifel an der Studie und bemerkte, dass sich nur „die Sanften, die Jüngeren, die Freundlicheren“ auf die Umfrage einließen.⁴¹ Die Studie sei daher nicht repräsentativ.

Rechtsextreme, wie Vertreter der NPD oder die *German Defence League* und auch der islamfeindliche Internetblog Politically Incorrect (PI), riefen öffentlich zur Teilnahme an Pegida-Kundgebungen auf. Gegen den Initiator und Organisator der Pegida-Bewegung Lutz Bachmann selbst, der bis zum 21. Januar 2015 Vorsitzender des gleichnamigen Vereins war, laufen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Volksverhetzung. Bemerkungen über Migranten sowie die Selbstdarstellung als Adolf Hitler und Verherrlichung des rassistischen Ku-Klux-Klans auf Facebook warfen Fragen über eine rechtsradikale Gesinnung bei Bachmann auf.

Abb. 14



⁴¹ http://www.mdr.de/fakt/fakt_pegida_studie_kritik100.html.

In verschiedenen Städten Deutschlands findet Pegida Nachahmer. In Bonn wird Bogida genau wie die Kölner Kögida-Versammlung von Mitgliedern der Rechtspopulisten pro-NRW initiiert, allen voran Melanie Dittmer, von der sich Pegida aufgrund ihrer Neonazi-Vergangenheit distanziert. Den Düsseldorfer Ableger Dügida gründet das bereits erwähnte AfD-Mitglied Alexander Heumann mit. Neben Melanie Dittmer nehmen auch Aktivisten der rechtsextremen Parteien „Die Rechte“, NPD und „Pro NRW“ teil. Die Hagida-Demonstration in Hannover meldete ein Mitglied der vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“ an. Auch einige der Funktionäre hinter den Ablegern Legida (Leipzig), Saargida (Saarland) und MVgida (Mecklenburg-Vorpommern) zählen u.a. zum Umfeld der NPD. Während des ersten Pegida-Aufmarsches in Wien zeigten Teilnehmer den Hitlergruß.

Wenngleich die Anfänge der Pegida-Bewegung und ihre Ableger nicht von Rechtsextremen dominiert gewesen sind, zeigt sich eine zunehmende Vereinnahmung der Initiative durch Akteure aus dem rechtsextremen Milieu. Der Austritt von Kathrin Oertel aus der Bewegung und die darauffolgende öffentliche Entschuldigung „*bei allen Migranten und vor allen Dingen bei den Muslimen unter ihnen*“⁴² verdeutlicht den inneren Konflikt mit einem überhandnehmenden Rechtsruck.

Die Rolle der Presse

Dem Forschungsbericht „Muslime in der Mehrheitsgesellschaft: Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland“ zufolge, „*verengen sich politische und mediale Debatten zunehmend auf die gescheiterte Integration der Muslime.*“

„Die Darstellung von Muslimen in den Medien wird einhellig und gruppenübergreifend als zu negativ wahrgenommen. Zuwanderer wie Angehörige der Mehrheitsbevölkerung bewerten das Bild, das die Medien von ‚Muslimen‘ zeichnen, deutlich häufiger als zu negativ als das Bild von anderen Gruppen. Dabei tut sich für beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft eine Kluft auf, denn die Medienbilder weichen von den persönlichen Erfahrungen des Zusammenlebens im Integrationsalltag ab.“⁴³

Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Titelbilder einiger etablierter Zeitschriften der letzten Jahre, dass mit Klischees und Feindbildkonstruktionen Angstszenerien und Ressentiments, insbesondere gegen Muslime, verstärkt wurden. Besonders *Der Spiegel* legte eine ganze Reihe negativer Darstellungen des Islams vor, wie ein Blick auf einige Ausgaben zeigt. Mit dem Titel „Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung“ spricht *Der Spiegel* bereits mit einer Ausgabe vom März 2007 die Sprache der Pegida. Ähnlich verantwortungslos ist das Cover einer Spiegelausgabe mit dem Titel „Ausländer und Deutsche: Gefährlich fremd. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft“, oder das Reproduzieren vom Klischee der unmündigen Muslima mit dem Titel „Allahs rechtlose

⁴² <http://www.spiegel.de/video/kathrin-oertel-video-als-entschuldigung-bei-muslimen-video-1574024.html>

⁴³ Muslime in der Mehrheitsgesellschaft: Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland, Forschungsbericht der Stiftung Mercator, Berlin 2013, S. 23

Töchter“. Auch der FOCUS fällt durch reißerische Titelbilder und Schlagzeilen auf, spricht von einer „Multikulti-Lüge“, bezeichnet Muslime als „unheimliche Gäste“ und stellt fest, „Doch!“, der Terror habe sehr wohl etwas mit dem Islam zu tun. Nachdem in einer FOCUS-Ausgabe von November 2014 der Artikel „Ein Glaube zum Fürchten“ aus der Titelgeschichte des FOCUS „Die dunkle Seite des Islam“ erscheint, stellt der deutsche Journalist und Schriftsteller Yassin Musharbash in einem Zeit-Online-Blog die Frage: „Wie islamophob ist der Focus?“ Auch Suggestivfragen, wie sie *Der Stern* etwa mit dem Titel „Wie gefährlich ist der Islam?“ stellt, hinterlassen beim Leser negative Assoziationen.

Abb. 15



Ein Gutachten zur „Migration und Jugenddelinquenz“ stellt fest, dass durch häufigen Konsum von Nachrichtensendungen, insbesondere auf privaten TV-Sendern, die Kriminalitätsbeteiligung von „Ausländern“ deutlich überschätzt wird. Neben der Boulevard-Presse geraten auch anspruchsvollere Medien in die Kritik der Untersuchung, da sie einen Zusammenhang zwischen muslimischer Religiosität und einem höherem Gewaltpotential suggerieren, was jedoch *„nach dem gegenwärtigen Forschungsstand unzutreffend und in ihrer vorurteilsschürenden Wirkung daher umso problematischer“* ist.⁴⁴

Die Medienmacher müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein und sich den Prinzipien des vom Deutschen Presserat in Zusammenarbeit mit den Presseverbänden erarbeiteten Pressekodex stets bewusst sein. Darüber hinaus enthält das Strafgesetzbuch Schranken für die Presse- und Meinungsfreiheit, wenn es sich um falsche Tatsachenbehauptungen, Verleumdungen oder Beleidigungen handelt, die möglicherweise schon den Tatbestand der Volksverhetzung nach §130 StGB erfüllen könnten.

Rechtsextremismus im Internet

Gemäß des Berichts „Rechtsextremismus online“ des „jugendschutz.net“⁴⁵ über das Jahr 2013, nutzen rechtsextreme Gruppen hauptsächlich die Plattformen Facebook und YouTube, aber auch Dienste wie Twitter, Tumblr und VK.com zur Mobilisierung der Jugend. Dabei bleibt der rechtsextreme Kontext den Nutzern häufig verschleiert, was dazu führt, dass auch Personen außerhalb der rechtsextremen Szene durch das „Teilen“ von Beiträgen auf sozialen Netzwerken beeinflusst werden. Zu beobachten ist, dass Internetdienste, wie die Videoplattform Rutube und das Soziale Netzwerk VK, welche in Russland betrieben werden, aufgrund der mangelnden Kontrolle von strafbaren Inhalten, immer mehr Bedeutung für die rechtsextreme Szene in Deutschland erlangen. Neben den 1.628 rechtsextremen deutschen Websites, von denen der Bericht „Rechtsextremismus online“ spricht, stellen rechtspopulistische Internetseiten wie www.pi-news.net ein großes Problem dar, da insbesondere diese als „Politically Incorrect“ bekannte Plattform bisher deutlich unterschätzt wurde. Laut bayrischem Verfassungsschutz handelt es sich bei PI um „verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen außerhalb des Rechtsextremismus“. Die Internetplattform pi-news gilt als das bedeutendste deutschsprachige Netzwerk der islamfeindlichen Szene und wurde in der Presse „islamfeindliches Hetz-Blog“ bezeichnet. Die Seite sieht sich zunehmend mit Rassismusvorwürfen konfrontiert, da sich besonders im Kommentarbereich unter den Beiträgen der Seite rassistische und menschenverachtende Beiträge finden lassen. Auch wenn sich die Betreiber nur als „islamkritisch“ ausgeben, tritt nicht nur in den Kommentarbereichen ein deutlicher Rassismus zu Tage. Als Reaktion auf

⁴⁴ Migration und Jugenddelinquenz – Mythen und Zusammenhänge -Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienstes Integration, Christian Walburg, (Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Münster), Berlin 2014, S. 5.

⁴⁵Die Arbeit wird u.a. im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern-Kompetenz stärken“ gefördert. „jugendschutz.net“ analysiert kontinuierlich, mit welchen Mitteln Rechtsextreme im Internet junge Nutzerinnen und Nutzer ködern und wird gegen Angebote aktiv, die sie gefährden oder beeinträchtigen können.“ s. Rechtsextremismus online, Recherchen und Maßnahmen im Jahr 2013, jugendschutz.net, Mainz 2014, S.1

den hier bereits erwähnten Beitrag von Yassin Musharbash über die FOCUS Ausgabe „Die dunkle Seite des Islam“ schreibt pi-news in einer Meldung:

„Ungeschickt, wie die absterbende Presse ist, heuert sie solche Multikulti-Migranten an, obwohl kein ‚Migrant‘ eine Zeitung abonniert. Als einheimischer Leser glaubt man aber klugerweise einem Namen wie Yassin Musharbash kein Wort – schon gar nicht, wenn es um den Islam geht. [...] Wir möchten von kundigen Landsleuten unterrichtet werden und nicht von bezahlten Ausländern, egal welchen Paß sie haben. Nur ein Ratschlag!“⁴⁶

Obwohl Musharbash in Deutschland geboren ist und eine deutsche Mutter hat (sein Vater ist jordanischer Herkunft), bezeichnet ihn PI als Ausländer und Migranten. Ebenfalls auf das Internet konzentriert ist die europaweit vernetzte rechtsradikale *Identitäre Bewegung*. In der *Identitären Bewegung* verschmilzt rechter Jugendkult der Autonomen Nationalisten mit rechtspopulistischem Gedankengut. Dabei betont die Bewegung eine Distanz zu Gewalt, Neonazis und zum klassischen Rassismus. So heißt es in der Selbstbeschreibung ihrer offiziellen Internetseite:

„Wir sind eine europaweite Jugendbewegung, deren Ziel der Erhalt unserer ethnokulturellen Identität ist. Wir treten gegen die vielfältigen Bedrohungen ein, denen unsere Identität heute ausgesetzt ist. Vor allem stehen wir gegen Masseneinwanderung und Islamisierung, die heute fast alle europäischen Länder betrifft. Wir distanzieren uns klar von Nationalsozialismus, Rassenchauvinismus und Antisemitismus und vertreten einen gesunden Patriotismus, der seit Urzeiten, überall auf der Welt eine zentrale Tugend darstellte“ (<http://identitaere-bewegung.de>).

Aus einer Antwort der Bundesregierung vom 01.10.2013 auf die *Kleine Anfrage* der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidrun Dittrich, Jens Petermann und der Fraktion DIE LINKE über rechtsextreme Tendenzen in der *Identitären Bewegung Deutschland* (IBD) ergibt sich u.a. folgende Einschätzung:

„Rechtsextremisten versuchen regelmäßig, neu entstehende Gruppierungen im rechten politischen Spektrum zu beeinflussen oder gar gezielt zu unterwandern. Auch hinsichtlich der IBD liegen entsprechenden Hinweise vor. [...] Die IBD unterhält Kontakte zu anderen ‚identitären‘ Gruppen im europäischen Ausland (u.a. Frankreich, Italien, Österreich). Diese erfolgen insbesondere im Rahmen einer Vernetzung über das Internet. Darüber hinaus dient vor allem die rechtsextremistische französische ‚Génération Identitaire‘ der IBD hinsichtlich der Gestaltung von Aktionen und der politischen Zielsetzung als maßgebliches Vorbild. [...] In der rechtsextremistischen Publizistik wird die IBD als Thema wiederholt und mehrheitlich wohlwollend bis positiv aufgegriffen. So äußerte sich der Herausgeber der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift ‚Volk in Bewegung – Der

⁴⁶ <http://www.pi-news.net/2014/11/islam-u-boot-yassin-musharbash-contra-focus/>.

Reichsbote' aus dem neonazistischen Nordland-Verlag, Thorsten Heise, in einem Grußwort Anfang 2013 lobend zu den identitären Bewegungen, die in Europa in den letzten Monaten entstanden seien. [...] Die IBD wurde im Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus (GAR) mehrfach anlassbezogen thematisiert.“

Auf die Frage über eine Aussage des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maaßen, wonach die Identitären eine hauptsächlich auf Facebook begrenzte „virtuelle Erscheinungsform des Rechtsextremismus“ sei, gingen die Antwortgeber nicht explizit ein. Die Bewegung steht unter Beobachtung und wird im Verfassungsschutzbericht Bremen 2012 erwähnt. Im Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2013 wurden die „Identitären Bewegung“ als Beobachtungsgegenstand in den Bericht aufgenommen. Laut Bericht nahmen am Gründungstreffen der „Identitären Bewegung Cottbus“ am 30. November 2012 nur fünf Personen teil, von denen vier der regionalen rechtsextremistischen Szene angehörten. *„Somit sind Ansätze erkennbar, dass Rechtsextremisten sich von der Ideologie der Identitären Bewegung angesprochen fühlen beziehungsweise bemüht sind, sie zu vereinnahmen oder zumindest unter deren Flagge zu segeln“* (Kurzzusammenfassung zum Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2013).

So wird der IBD eine personelle Nähe zu Neonazis vorgeworfen und als Auffangbecken für ehemalige Neonazis, die nach neuen Aktionsmethoden suchen, eingestuft. Auf der offiziellen Facebookseite der *Identitären Bewegung Deutschland*, wo sich hauptsächlich der Austausch abspielt, finden sich 13.699 „Gefällt mir“-Angaben (Stand 13.02.2015). Daneben existieren auf Facebook eine ganze Reihe lokaler Fan-Gruppen der *Identitären Bewegung*, wie z.B. die bayrische mit 689 „Gefällt mir“-Angaben, oder die Berlin-Brandenburg Sektion mit 1981 „Gefällt mir“-Angaben. Auf fast allen Facebook-Seiten der Bewegung ist eine Sympathie mit Pegida (und ähnlichen), sowie den Zeitschriften *Blaue Narzisse*, *Sezession* und zum Teil auch die *Junge Freiheit*, die alle dem Spektrum der sog. „Neuen Rechte“ zuzuordnen sind.

Maßnahmen

Sowohl auf zivilgesellschaftlicher, als auch auf staatlicher Ebene existieren Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus. Im eingangs erwähnten ECRI-Bericht über Deutschland werden Präventivmaßnahmen gelobt, *„die darauf abzielen, junge Menschen besser über die Gefahren von Neonazis und rechtsextremen Organisationen aufzuklären.“* Im Bericht wird ebenfalls die Überarbeitung des Nationalen Aktionsplans für Integration (Integrationsplan) positiv erwähnt, sowie der Start eines Projektes der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) über den Einsatz anonymer Bewerbungsverfahren. Eine Reihe von Organisationen nahmen die Ergebnisse des Projekts zum Anlass, diese Verfahren zu testen und gleichzeitig steigt

die Zahl der Arbeitgeber, die die Diversitätscharta unterzeichnet haben, so der Bericht der ECRI.⁴⁷

Mit dem Apell zum *Aufstand der Anständigen* durch Gerhard Schröder im Jahr 2000 gründeten sich durch die seit 2001 existierenden Bundesprogramme zahlreiche Initiativen gegen Rechtsextremismus.⁴⁸ Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus werden seitdem durch die Programme *Kompetent für Demokratie* und *Toleranz fördern - Kompetenz stärken*⁴⁹ fortgeführt. Zahlreiche Bundesprogramme und Landesprogramme fördern und finanzieren diverse Aussteiger- und Präventionsprojekte sowie Opferberatungsstellen.⁵⁰ Die Datenbank der Bundeszentrale für politische Bildung zählt derzeit 214 Initiativen gegen Rechtsextremismus (Stand: Mai 2015).⁵¹

Weitere Maßnahmen, deren Notwendigkeit aus einer Analyse der hier herangezogenen Studien deutlich werden:

1. Persönlicher Kontakt

Prof. Dr. Detlef Pollack bemerkt in einer Presseerklärung zur Umfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ zu religiöser Vielfalt in Europa, dass die „Unterschiede zwischen Deutschland und den anderen Ländern [...] geradezu dramatisch [sind], wenn es um die persönliche Haltung gegenüber Muslimen geht“. Als Leiter der Studie kommt er zu dem Ergebnis: „Je öfter man Muslime trifft, desto eher sieht man sie generell positiv.“

Tatsächlich erfahren wir durch die Studie, dass die Deutschen, die mit Ostdeutschland insgesamt die negativsten Ergebnisse aufweisen, den geringsten Kontakt zu Muslimen haben. Dieses Ergebnis muss im Verhältnis von Muslimen zur Mehrheitsgesellschaft verstanden werden. Portugal, wo de facto noch weniger Kontakt besteht, zogen die Forscher laut Presseerklärung als Kontrastfall hinzu, da die religiöse Vielfalt dort weniger ausgeprägt ist und somit kaum Konfliktthemen wie der Kopftuchstreit oder Moscheebau die öffentliche Meinung beeinflusst.

⁴⁷ ECRI-BERICHT ÜBER DEUTSCHLAND 2014, S.9

⁴⁸ s. Dovermann: „Der Aufstand der Anständigen“. Vom Bund geförderte Projekte zu Toleranz und Zivilcourage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004

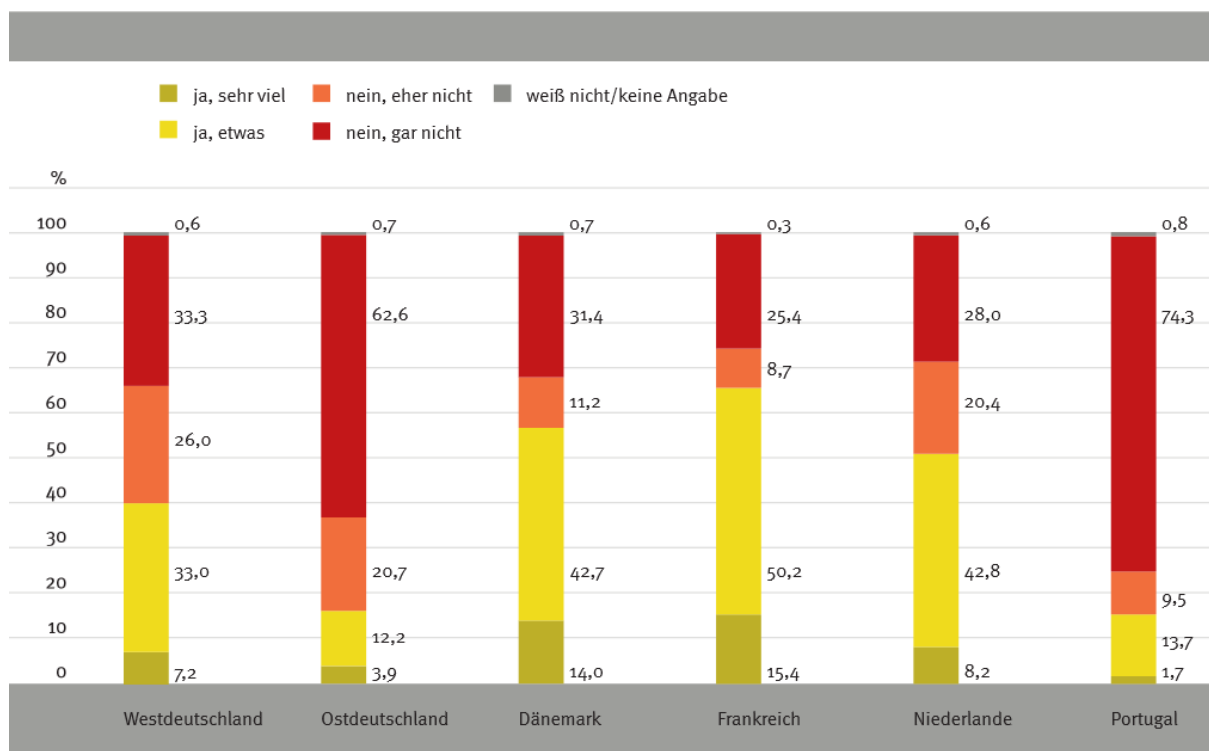
⁴⁹ www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

⁵⁰ vgl. z.B.: Roth/Gesemann/Aumüller: Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Berlin, April 2010; s. auch:

⁵¹ <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41934/initiativen-gegen-rechtsextremismus>

Abb. 16

› Haben Sie viel Kontakt zu Muslimen?



Quelle: Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“, Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“.

Der Erwerb interkultureller Kompetenzen muss bereits in jungen Jahren gefördert werden. Maßnahmen für einen frühen Abbau von Vorurteilen können sein:

Staatlich subventionierte Schüleraustauschprogramme mit der Türkei und Marokko, Besuche von Flüchtlingseinrichtungen in Deutschland, interkulturelle Themenwochen an Schulen und Kindergärten, sowie der regelmäßige Besuch örtlicher Gotteshäuser (Moscheen, Synagogen, Kirchen etc.).

2. Bildung

Aus der „Mitte“- Studie 2014 geht hervor, dass Personen mit Abitur rechtsextremen Positionen deutlich seltener zustimmen als Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss. Der Studie zufolge sind z.B. 6,8% der Befragten mit Abitur, dagegen aber 20,8% ohne Abitur laut ausländerfeindlich eingestellt.

Abb. 17

	Abitur (N=470)	ohne Abitur (N=1962)
Befürwortung Diktatur *	1,9	4,1
Chauvinismus **	4,9	15,7
Ausländerfeindlichkeit **	6,8	20,8
Antisemitismus **	0,9	6,1
Sozialdarwinismus **	1,1	3,4
Verharmlosung Nationalsozialismus **	0,4	2,7

Quelle: Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig.

Da mit einer höheren Bildung offensichtlich eine deutlich tolerantere Weltanschauung einhergeht, ist zunächst festzustellen, dass die Schule einen wesentlichen Einfluss auf junge Menschen hat. Da der soziale Hintergrund, sowie die Bildung der Eltern ebenfalls eine Rolle bei der schulischen oder akademischen Laufbahn spielen können, liegt die Problemlösung natürlich nicht nur bei der Schule allein. Es ist dennoch eine Aufgabe von Sachkundigen ein Konzept zu erstellen, wie gewisse Werte und Normen, die Abiturienten erreichen konnten, auch bei der Erziehung der Schüler aller anderen Schulformen gefördert werden können. Ansätze in diese Richtung wurden in Punkt 1 „Persönlicher Kontakt“ bereits vorgeschlagen.

3. Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule

Schüler, aber auch Lehrer, müssen interkulturell geschult werden. Die Kultusministerkonferenz erklärt in ihrer im Dezember 2013 neugefassten Empfehlung "Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule":

„Interkulturelle Kompetenz, deren Erwerb eine Kernkompetenz für das verantwortungsvolle Handeln in einer pluralen, global vernetzten Gesellschaft ist, bedeutet aber nicht nur die Auseinandersetzung mit anderen Sprachen und Kulturen, sondern vor allem die Fähigkeit, sich selbstreflexiv mit den eigenen Bildern von Anderen auseinander und dazu in Bezug zu setzen sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Entstehung solcher Bilder zu kennen und zu reflektieren.“

4. Statistiken zu islamfeindlich motivierten Übergriffen

Antimuslimische Straftaten werden unter dem Thema „Hasskriminalität“ erfasst und nicht gesondert registriert, wie etwa Straftaten aufgrund von Antisemitismus und Rassismus. Eine Differenzierung ist für die Opfer von hoher Bedeutung und für eine zukünftige Analyse und Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus, aber auch zur Einschätzung allgemeiner rechtsextremer Phänomene unumgänglich.

Studien und Materialien:

„Autonome Nationalisten‘ – Rechtsextremistische Militanz“, Herausgeber: Bundesamt für Verfassungsschutz, Mai 2009

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. (Hrsg.): Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch – Handreichung für Journalist_innen, Köln 2013.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2012: Benachteiligungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Ost-West-Vergleich. Expertise des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Berlin

Bertelsmann Stiftung: Sonderauswertung Islam 2015 – Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick, Gütersloh 2015.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014 (Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig), Leipzig 2014

Decker, Oliver; Brähler, Elmar: Rechtsextreme Einstellungen in Bayern - Ergebnisse der Mitte-Studie der Universität Leipzig, Leipzig 2014

Dovermann, Ulrich; Meyer, Gerd; Frech, Siegfried; Gugel, Günther (Hrsg.): „Der Aufstand der Anständigen“. Vom Bund geförderte Projekte zu Toleranz und Zivilcourage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004

Dossier Rassismus & Diskriminierung in Deutschland, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2010.

Deutsche Islam Konferenz (DIK): Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“ Vorlage für die 2. Plenarsitzung der DIK 29. März 2011 Berlin

ECRI-BERICHT ÜBER DEUTSCHLAND (fünfte Prüfungsrunde), Verabschiedet am 5. Dezember 2013, Veröffentlicht am 25. Februar 2014 - Directorate General II – Democracy Council of Europe

Foroutan, Naika: Muslimbilder in Deutschland Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2012.

Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen.

Gerald Schneiders, Thorsten (Hrsg.): „Islamfeindlichkeit - Wenn die Grenzen der Kritik schwimmen“, Wiesbaden 2009

Häusler, Alexander; Roeser, Rainer: Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland, Erfurt 2014.

Köcher, Renate: "Mehr Gelassenheit beim Thema Einwanderung. Im Prinzip sind die Deutschen für die Freizügigkeit innerhalb der EU. Nur bei Rumänen und Bulgaren überwiegt noch die Skepsis.", in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 43 vom 20. Februar 2014, S. 8

Memmi, Albert: Rassismus. Frankfurt a.M. 1992

Migration und Jugenddelinquenz – Mythen und Zusammenhänge. Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienstes Integration von Dr. Christian Walburg (Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Münster) Berlin, Juli 2014.

Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2013).

Muslimen in der Mehrheitsgesellschaft: Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland, Forschungsbericht der Stiftung Mercator, Berlin 2013.

Rechtsextremismus online, Recherchen und Maßnahmen im Jahr 2013, jugendschutz.net, Mainz 2014.

Roth, Roland; Gesemann, Frank; Aumüller, Jutta: Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Berlin, April 2010

Shooman, Yasemin: „Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zu der Begriffsdebatte der Deutschen Islam Konferenz“, o.O. 2011

Verfassungsschutzbericht 2013

Virchow, Fabian; Thomas, Tanja; Grittmann, Elke: „Das Unwort erklärt die Untat“ Die Berichterstattung über die NSU-Morde –eine Medienkritik, Studie der Otto Brenner Stiftung Frankfurt am Main 2015.

„Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“, Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ unter Leitung des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack, Münster 2010.

Veröffentlichung zur Studie: Pollack, Detlef; Müller, Olaf; Rosta, Gergely; Friedrichs, Nils; Yendell, Alexander: „Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa“, Wiesbaden 2013

Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland, TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2012.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011.

„Zuwanderung und Integration aus Sicht der Bevölkerung“, Institut für Demoskopie Allensbach (im Erscheinen)

Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“, Deutsche Islam Konferenz (DIK), Berlin 2011.